

Elemente des Bürgerlichen Rechts kennen

Informatikerinnen und Informatiker erbringen als Firmeninhaber oder im Auftrag der Firma spezielle Dienstleistungen.

Dabei werden Verträge geschlossen oder erfüllt, es wird also, ob bewusst oder unbewusst, ein Rechtsgeschäft begründet oder vollzogen.

Rechtskenntnis ist daher, gleichgültig in welcher Position, die Grundlage für rechtmäßiges Handeln. Rechtmäßiges Handeln schafft Vertrauen und zufriedene Kunden.

Daher wird im vorliegenden Lernmodul zu folgenden Hauptinhalten des Bürgerlichen Rechts ein Überblick erarbeitet:

- Rechtsgrundlagen und Aufbau des Bürgerlichen Gesetzbuches
- Grundlagen und wesentliche Zusammenhänge von Rechtsgeschäften
- Inhalte und Verfahrensregeln bei Schuldverhältnissen

Alle notwendigen Informationen und Arbeitsunterlagen sind in diesem Lernmodul enthalten.

Dieses Lernmodul ist im häuslichen Studium zu erarbeiten.

Der benötigte Zeitaufwand liegt bei ca. 14 Stunden.

Zusätzlich finden im Begleitunterricht 2 Stunden Festigung und Vertiefung fachspezifischer und fächerübergreifender Zusammenhänge statt.

LERNMODUL 4

Ziele

Ausgangssituation

Planung

Fallbeispiel**Telefonischer Kaufvertrag, worauf ist zu achten?**

Die Firma A, eine Datenverarbeitungsgesellschaft, benötigt eine größere Anzahl von Monitoren, da ihre alten Monitore nicht mehr den arbeitsschutztechnischen Anforderungen entsprechen.

Sie beauftragt ihren Vertreter V, Angebote einzuholen. Dieser setzt sich mit mehreren Firmen in Verbindung, u.a. auch mit der Firma B.

In mehreren telefonischen Verhandlungen stand zunächst die Lieferung von 20 Monitoren zur Debatte. Der hierfür angebotene Stückpreis erschien V äußerst günstig. Er besprach daher die Angelegenheit mit dem Inhaber der Firma A und rief bei B an und bestellte 30 Monitore.

Der Geschäftsführer der Firma B nahm die Bestellung entgegen und antwortete, es gehe alles in Ordnung. B lieferte nur 20 Monitore. A verlangt Lieferung von 30 Monitoren, B macht geltend, der Geschäftsführer habe 20 Monitore verstanden.

Inhaltsverzeichnis

1 Rechtsgrundlagen des Bürgerlichen Rechts.....	5
1.1 Einführung in das Bürgerliche Recht	5
1.1.1 Begriff	5
1.1.2 Abgrenzung	5
1.1.3 Gesetzliche Regelungen	5
1.2 Grundlagen des Bürgerlichen Rechts	6
1.2.1 Privatautonomie.....	6
1.2.2 Sozialer Ausgleich.....	6
1.2.3 Vertrauensschutz.....	7
1.2.4 Einfluss des Grundgesetzes.....	7
1.3 Aufbau und Gliederung des BGB.....	7
2 Rechtsgeschäfte	9
2.1 Grundlagen.....	9
2.2 Vertragsschluss.....	10
2.3 Wirksamkeitsvoraussetzungen des Rechtsgeschäftes.....	11
2.4 Willensmängel.....	12
2.5 Bedingte, befristete und zustimmungsbedürftige Rechtsgeschäfte.....	14
2.6 Stellvertretung	15
3 Rechtssubjekte und Rechtsobjekte	17
3.1 Subjektive Rechte	17
3.2 Rechtssubjekte.....	17
3.2.1 Natürliche Personen.....	17
3.2.2 Juristische Personen	18
3.3 Rechtsobjekte	18
3.3.1 Rechtsobjekte im Allgemeinen	18
3.3.2 Sachen	19
4 Schuldverhältnisse	20
4.1 Allgemeines Schuldrecht.....	20
4.1.1 Grundlagen.....	20
4.1.2 Begründung von Schuldverhältnissen.....	21
4.1.3 Inhalt von Schuldverhältnissen.....	22
4.1.4 Erlöschen von Schuldverhältnissen	23
4.1.5 Störungen im Schuldverhältnis.....	24
4.1.6 Schadensersatzpflicht	26
4.2 Besonderes Schuldrecht.....	27
4.2.1 Kauf, Tausch, Schenkung	27
4.2.2 Miete, Pacht, Leihe, Darlehen	29
4.2.3 Dienstvertrag, Werkvertrag, ähnliche Verträge	32
4.2.4 Auftrag, Geschäftsbesorgungsvertrag, Makler- und Verwahrvertrag.....	34
4.2.5 Sonstige vertragliche Schuldverhältnisse	35

4.2.6 Ungerechtfertigte Bereicherung	36
4.2.7 Unerlaubte Handlung	37
5 Zivilprozess	40
5.1 Grundlagen	40
5.2 Zivilgerichtsverfassung	40
5.3 Parteilehre	41
5.4 Klage	42
5.5 Entwicklung des Verfahrens	42
5.6 Besonderheiten	43
5.7 Rechtsmittel	43
5.8 Zwangsvollstreckungsrecht	45
Lösungsanhang	48

1 Rechtsgrundlagen des Bürgerlichen Rechts

Lernbereich

1.1 Einführung in das Bürgerliche Recht

1.1.1 Begriff

Das Bürgerliche Recht ist der Teil des Privatrechts, der für jedermann gilt.

Die Bezeichnung als Bürgerliches Recht bedeutet nicht, dass es sich um ein Recht für den Stand des Bürgers handelt. Vielmehr stammt sie ab von dem Begriff „ius civile“ aus der römischen Antike. Sie ist auch heute noch gebräuchlich, weil das für jedermann geltende Privatrecht vorwiegend im „Bürgerlichen Gesetzbuch“ geregelt ist.

Früher stellte das Bürgerliche Recht das ganze Privatrecht dar. Die Begriffe Bürgerliches Recht und Privatrecht waren also identisch. Im Laufe der Zeit haben sich immer mehr Sonderrechtsgebiete herausgebildet. Demnach ist das Bürgerliche Recht heute das allgemeine Privatrecht gegenüber dem besonderen Privatrecht, das nur für bestimmte Teilgebiete des Privatrechts gilt.

1.1.2 Abgrenzung

Vom Bürgerlichen Recht sind folgende Rechtsgebiete des Sonderprivatrechts zu unterscheiden:

- **Handelsrecht** - als Sonderprivatrecht der Kaufleute, vorwiegend im HGB¹⁾ geregelt
- **Wirtschaftsrecht** - ist, soweit es nicht zum Öffentlichen Recht gehört, das Sonderprivatrecht der gewerblichen Wirtschaft und mit dem Handelsrecht verwandt, geregelt z.B. im UWG²⁾, GWB³⁾
- **Immaterialgüterrecht** - ist Sonderprivatrecht, welches das Recht der Immaterialgüter wie Urheberrecht, Patentrecht und Markenrecht etc. regelt.
- **Arbeitsrecht** - ist das Sonderrecht der abhängigen, unselbstständigen Arbeitnehmer. Es ist seit dem späten 19. Jahrhundert entstanden, hat sich seit 1918 rasch und stark entwickelt und ist im geltenden Recht in zahlreichen Gesetzen verstreut geregelt. Es gibt demzufolge kein einheitliches „Arbeitsgesetzbuch“. Vorschriften finden sich vielmehr beispielsweise in Teilen des BGB, im EFZG⁴⁾, KSchG⁵⁾ etc.

¹⁾ Handelsgesetzbuch

²⁾ Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb

³⁾ Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen

⁴⁾ Entgeltfortzahlungsgesetz

⁵⁾ Kündigungsschutzgesetz

1.1.3 Gesetzliche Regelungen

Das für das Bürgerliche Recht wichtigste Gesetz ist das **Bürgerliche Gesetzbuch**, 1900 in Kraft getreten.

Manche Teilgebiete des BGB waren zwischenzeitlich durch besondere Gesetze neu geregelt worden. Es hat nunmehr allerdings der Trend begonnen, diese ausgelagerten Normierungen wieder in das BGB zu integrieren.

In das BGB zurückgeführt und damit **aufgehoben** wurden:

- Gesetz über Verbraucherkredite
- Gesetz über den Widerruf von Haustürgeschäften und ähnlichen Geschäften
- Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
- Ehegesetz
- Gesetz zur Regelung der Miethöhe (MHG)
- Fernabsatzgesetz

Weiterhin außerhalb des BGB zu findende Rechtsnormen sind beispielsweise:

- Verschollenheitsgesetz
- Straßenverkehrsgesetz
- Wohnungseigentumsgesetz

1.2 Grundlagen des Bürgerlichen Rechts

1.2.1 Privatautonomie

Das BGB weist eine liberale, auf das Individuum gerichtete Grundhaltung aus.

Die Konzeption geht davon aus, dass der einzelne Mensch in der Lage sein soll, seine privaten Lebensverhältnisse in freier Selbstbestimmung und ohne staatliche Hilfe oder Bevormundung zu gestalten. Gleichheit untereinander und Freiheit des Einzelnen führen somit zu einer optimalen Ordnung des Zusammenlebens der Menschen, da das eigennützige Streben des Einzelnen und das freie Spiel der Kräfte im Wettbewerb allen zugute kommen.

Deshalb gibt das Gesetz dem Einzelnen die Freiheit, selbst eine Regelung seiner Lebensverhältnisse zu treffen, die von der Rechtsordnung anerkannt wird. Das ist der **Grundsatz der Privatautonomie**.

Dieses Prinzip zeigt sich deutlich in der Vertragsfreiheit. Danach ist der Einzelne frei, ob und mit wem er einen Vertrag schließt und was dessen Inhalt sein soll.

1.2.2 Sozialer Ausgleich

Trotz seiner individualistischen Grundhaltung berücksichtigt das BGB an einigen Stellen auch den Gedanken des sozialen Ausgleichs.

Beispiel: Nutzt ein Vertragspartner etwa die Zwangslage oder Unerfahrenheit des anderen aus und lässt er sich Vermögensvorteile versprechen, die in auffälligem Missverhältnis zum Wert seiner eigenen Leistung stehen, so ist dieses Geschäft trotz der Vereinbarung wegen Sittenwidrigkeit nicht gültig.

Eine junge Frau verpflichtete sich vor der Eheschließung in einem Ehevertrag, ihren Ehemann von Unterhaltsansprüchen des gemeinsamen Kindes freizustellen, soweit diese über 75 € hinausgingen. Zu diesem Zeitpunkt war die Frau bereits mit dem gemeinsamen Kind schwanger. Ferner verzichtete sie im Fall einer Scheidung auf jeglichen nachehelichen Unterhalt. Als die Ehe schließlich geschieden wurde, berief sich der Ehemann auf die getroffene Vereinbarung. Wegen der ungleichen Verhandlungsposition bei Vertragsschluss ging das Bundesverfassungsgericht von einer Nichtigkeit der Vereinbarung aus.

Generalnormen wie das Verbot des sittenwidrigen Rechtsgeschäfts haben nicht ausgereicht, einen sozialen Ausgleich herbeizuführen. Deshalb sind im Laufe der Zeit weitere Normen geschaffen worden.

Beispiel: Bei der Wohnungsmiete muss der Mieter von unberechtigten Kündigungen des Vermieters und unangemessenen Erhöhungen der Miete geschützt werden. Deshalb schränkt das BGB in den mietrechtlichen Regelungen die Handlungsbefugnisse des Vermieters ein.

1.2.3 Vertrauensschutz

Das BGB schützt den Erwerber, der auf den Schein des Rechts des Veräußerers vertraut.

Beispiel: A leiht sich von B ein Buch und verkauft es an C. C glaubt daran, dass das Buch im Eigentum des A steht. Sobald C das Buch in Händen hält, hat er wirksam Eigentum an dem Buch erworben. B kann sein Buch nicht mehr zurückfordern, sondern kann lediglich von A Schadensersatz fordern. Hätte A das Buch von B gestohlen, so ist nach BGB ein Gutgläubenserwerb ausgeschlossen. B kann das Buch von C zurückfordern. So kennt jeder Vertrauensschutz auch seine Grenzen.

1.2.4 Einfluss des Grundgesetzes

Die im GG (Grundgesetz) enthaltene objektive Wertordnung wirkt sich auf alle Bereiche des Rechts aus und damit auch auf das Privatrecht.

Diese Ausstrahlungswirkung der Verfassung führt zu einer **verfassungskonformen Auslegung** der Vorschriften des BGB (mittelbare Drittwirkung von Grundrechten).

Beispiel: Nach § 823 Abs. 1 BGB ist schadenersatzpflichtig, wer widerrechtlich und schuldhaft ein sonstiges Recht eines anderen verletzt. Was als ein solches Recht zu verstehen ist, musste die Rechtsprechung erst entwickeln. Beispielsweise hat die Rechtsprechung das vom Bundesverfassungsgericht aus Art. 1 und 2 GG abgeleitete und somit verfassungsmäßige Persönlichkeitsrecht des Einzelnen als ein solches Recht angesehen.

1.3 Aufbau und Gliederung des BGB

In dem Bestreben, das BGB nicht zu umfangreich werden zu lassen, hat der Gesetzgeber durch weitgehende Abstraktion konkrete Regelungen auf immer allgemeinere Regelungen zurückgeführt. Somit konnte das BGB überschaubar gehalten werden.

Das BGB gliedert sich in fünf Bücher:

- Der **allgemeine Teil** enthält Vorschriften, die für alle übrigen Bücher des BGB gelten, sofern diese keine abweichenden Spezialregelungen aufweisen (Klammerprinzip).
- Das **Schuldrecht** behandelt die Schuldverhältnisse (z.B. Kaufvertrag).
- Das **Sachenrecht** ordnet die Beziehung einer Person zu einer Sache (z.B. Eigentum).
- Das **Familienrecht** bringt Normen über die familiären Beziehungen (jetzt auch wieder die Eheregeln), sowie Vormundschaft, Betreuung, Pflegschaft.
- Das **Erbrecht** regelt die vermögensrechtlichen Folgen nach dem Tod eines Menschen.

AufgabenAufgabe 1

Was unterscheidet das allgemeine Privatrecht vom besonderen Privatrecht?

Aufgabe 2

Welche wichtigen Grundsätze enthält das Bürgerliche Gesetzbuch zur Regelung privater Lebensverhältnisse?

2 Rechtsgeschäfte

Lernbereich

2.1 Grundlagen

Das Rechtsgeschäft besteht aus einer oder mehreren Willenserklärungen, die alleine oder in Verbindung mit anderen Tatbestandmerkmalen eine Rechtsfolge herbeiführen, weil sie gewollt ist.

Beispiel: A streitet sich mit seiner Freundin und erklärt ihr: „Ich will mit dir nicht mehr zusammenleben“. Hier wird zwar eine Willenserklärung abgegeben. Diese zielt aber nicht auf einen rechtlichen Erfolg ab. Daher liegt auch kein Rechtsgeschäft vor.

Wäre A nicht nur befreundet, sondern verlobt, so könnte darin ein Rücktritt vom Verlöbnis zu sehen sein, also eine einseitige Willenserklärung, die einen rechtlichen Erfolg herbeiführt (Auflösung des Verlöbnisses) (§§ 1298 ff BGB).

Unterschieden werden Rechtsgeschäfte wie folgt:

- **einseitige Rechtsgeschäfte** - enthalten eine Willenserklärung von nur einer Person

Kündigungserklärung (empfangsbedürftig), Testamentserrichtung (nicht empfangsbedürftig)

Beispiel: Die Eheleute M und F, die gemeinschaftlich eine Wohnung gemietet haben, wollen das Mietverhältnis kündigen. Deshalb geben M und F je eine Kündigungserklärung gegenüber dem Vermieter ab. Hier geben zwar mehrere Personen eine Willenserklärung ab. Letztlich wirken diese Erklärungen aber nur gegenüber einem Dritten in gleicher Willensrichtung. Die Erklärungen werden von nur einer „Partei“ abgegeben. Es liegen damit zwei einseitige Rechtsgeschäfte vor.

- **mehrseitige Rechtsgeschäfte** - enthalten Willenserklärungen mehrerer Personen

Verträge, Beschlüsse

Beispiel: A sagt dem B, er wolle dessen Auto zum Preis von 5.000,- € kaufen. B erklärt sich bereit, sein Auto zu diesem Preis zu verkaufen. Das Rechtsgeschäft Kauf(vertrag) entsteht nur durch das Zusammenwirken zweier Willenserklärungen aus unterschiedlichen Richtungen.

Die Wahrung einer bestimmten Form ist für das Rechtsgeschäft grundsätzlich nicht vorgeschrieben, es genügt die mündliche Abrede.

Es gibt aber auch Rechtsgeschäfte, die formbedürftig sind. Dies dient dem Schutz vor übereilten Handlungen und zur Beweissicherung.

Beispiel: Ein Kaufvertrag über ein Grundstück bedarf der notariellen Beurkundung. Die Kündigung des Arbeitsverhältnisses muss in Schriftform geschehen.

2.2 Vertragsschluss

Der Vertrag ist ein mehrseitiges Rechtsgeschäft, d.h. es müssen mindestens zwei Personen einander entsprechende Willenserklärungen abgeben.

Damit ein Vertrag zu Stande kommt, muss von einer Seite ein Anstoß ausgehen.

Man spricht von einem Angebot oder Antrag. Diese Willenserklärung soll zu einer Gegenerklärung führen, die man Annahme nennt.

- **Angebot** - das Vertragsangebot ist eine empfangsbedürftige Willenserklärung, durch die ein Vertragsschluss einem anderen so angetragen wird, dass nur noch von dessen Einverständnis das Zustandekommen des Vertrages abhängt.

Beispiel: Gibt A seine defekte Uhr dem Uhrmacher U zur Reparatur, dann liegt darin ein Angebot zum Abschluss eines Werkvertrages vor. Dies gilt selbst dann, wenn von einer Vergütung keine Rede ist, da für den Fall der Annahme stillschweigend die übliche Vergütung als vereinbart gilt.

Im Interesse des Empfängers des Angebots ist der Antragende an seinen Antrag gebunden, d.h. der Antrag ist unwiderruflich. Diese Bindung kann jedoch ausgeschlossen oder befristet sein, wenn dies für den Empfänger des Antrags erkennbar wird.

Der Antrag erlischt bei Ablehnung des Antrags oder Ablauf der Annahmefrist.

Beispiele: X bietet dem A zwei Computer für 2000,- € an. Das Angebot enthält jedoch den Zusatz, dass X nicht an sein Angebot gebunden sein will, da er die Computer auch anderen Personen anbietet.

X bietet dem A die zwei Computer an, wobei sein Angebot nur bis zum 20.02. gilt, wenn sich A erst am 21.02. bei X meldet, ist dieser nicht mehr an sein Angebot gebunden.

A lehnt das Angebot von X ab, da ihm die Summe für die zwei Computer zu hoch erscheint. Damit erlischt das Angebot des X.

Tod oder Geschäftsunfähigkeit - z.B. durch psychische Erkrankungen - des Antragenden sind keine automatisch wirkenden Erlöschungsgründe für das Angebot. In diesen Fällen sind auch die potenziellen Erben bzw. der gerichtlich bestellte Betreuer an das Angebot gebunden. Treten die Erben die Erbschaft an, so übernehmen sie auch die Rechte und Pflichten, die mit dem Angebot entstanden sind. Trat der Tod des Antragenden vor Zustellung des Angebots ein, so hindert das die Wirksamkeit der Willenserklärung ebenfalls nicht.

- **Annahme** - ist eine grundsätzlich empfangsbedürftige Willenserklärung, durch die der Antragsempfänger dem Antragenden sein Einverständnis mit dem angebotenen Vertragsschluss zu verstehen gibt.

Beispiel: Die Firma X schickt dem A ein Angebot für einen Computer zu. A antwortet auf dieses Schreiben, indem er erklärt, er würde den Computer so, wie er angeboten wird, nehmen. In der Erklärung des A liegt eine Annahme des Angebots vor, sodass ein Vertrag zwischen X und A zu Stande gekommen ist.

Aus dem Grundsatz der Privatautonomie folgt, dass der Empfänger eines Angebots grundsätzlich frei darin ist, ob er das Angebot annimmt oder nicht.

Ausnahmsweise kann der Empfänger eines Angebotes zur Annahme verpflichtet sein.

Dies betrifft die Fälle, wo ein Vorvertrag abgeschlossen wurde oder kraft Gesetzes eine solche Verpflichtung erwächst.

Nicht immer kommt durch Angebot und Annahme ein wirksamer Vertrag zu Stande. In besonderen Fällen wird einer Vertragspartei das Recht eingeräumt, ihre Willenserklärung zu widerrufen. Bei einem wirksamen Widerruf kommt kein Vertrag zu Stande.

Dies gilt vornehmlich für die Fälle von Haustürgeschäften und Darlehensverträgen.

Beispiel: Frau K hat sich auf einer Kaffeefahrt eine Heizdecke aufschwätzen lassen und den Preis von 100,- € sofort bezahlt. Sie will später das Geschäft rückgängig machen. Bei Kaffeefahrten, welche Freizeitveranstaltungen darstellen, geht man in der Regel davon aus, dass die Willenserklärung durch Überrumpelung abgegeben worden ist, sodass ein Widerruf zulässig wäre.

2.3 Wirksamkeitsvoraussetzungen des Rechtsgeschäftes

Damit ein Rechtsgeschäft wirksam wird, müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein.

Der das Rechtsgeschäft Vornehmende muss zunächst geschäftsfähig sein. Für den Fall, dass das Rechtsgeschäft eine bestimmte Form erfordert, muss diese vorliegen und das Rechtsgeschäft muss einen zulässigen Inhalt haben, um wirksam zu sein.

- **Geschäftsfähigkeit** - ist die Fähigkeit, Rechtsgeschäfte wirksam vorzunehmen

Das Gesetz selbst sagt nichts darüber aus, wer geschäftsfähig ist. Es bestimmt nur, bei wem die Geschäftsfähigkeit fehlt. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass jeder, der rechtsfähig ist, auch geschäftsfähig ist.

Zunächst ist davon auszugehen, dass regelmäßig der Volljährige (18 Jahre), soweit er nicht an einer Störung der geistigen Gesundheit leidet, die eine freie Willensbetätigung ausschließt, geschäftsfähig ist.

Nach § 104 BGB ist geschäftsunfähig, wer noch nicht das 7. Lebensjahr vollendet hat.

§ 106 BGB spricht von einer beschränkten Geschäftsfähigkeit eines Minderjährigen, der das 7. Lebensjahr vollendet hat. Dieser ist jedoch nur geschäftsfähig, wenn es sich um Rechtsgeschäfte handelt, die ihm einen rechtlichen Vorteil verschaffen. D.h. dort, wo sich für den Minderjährigen aus einem Rechtsgeschäft eine Verpflichtung ergibt, bedarf er der Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters.

Beispiel: Geben die Eltern ihrem minderjährigen Sohn Geld zum Kauf eines Fahrrads, so liegt darin die Einwilligung zum Fahrradkauf. Dieser kann deshalb selbst beim Händler einen wirksamen Kaufvertrag abschließen. Bekommen die Eltern Bedenken und widerrufen telefonisch dem Händler gegenüber ihre Einwilligung noch vor Vertragsabschluss, so kann ihr Sohn keine wirksame Willenserklärung zum Abschluss eines Kaufvertrages abgeben.

Oftmals stellen Eltern ihrem minderjährigen Kind Taschengeld zur Verfügung. Der Gesetzgeber geht davon aus, dass die Eltern mit allen Rechtsgeschäften einverstanden sind, die das Kind unter Verwendung des Taschengeldes abschließen möchte. Er erklärt diese Rechtsgeschäfte als von Anfang wirksam („Taschengeldparagraf“, § 110 BGB).

Beispiel: Kauft sich ein Minderjähriger von seinem Taschengeld ein Lotterielos für 3,- €, so ist dieser Kauf nach § 110 BGB wirksam. Kauft sich jedoch der Minderjährige von dem Gewinn in Höhe von 3000,- € ein Motorrad, so ist dieser Kauf nicht mehr von der Einwilligung der Eltern gedeckt. Dieses Geld wurde dem Minderjährigen nicht von seinen Eltern zur freien Verfügung überlassen

- **Formbedürftigkeit** - ist entweder im Gesetz oder auf Grund einer Parteivereinbarung geregelt

Die Form dient der Sicherung des Beweises, bezweckt die Warnung vor übereiltem Abschluss eines wichtigen Rechtsgeschäfts und hat gleichzeitig Beratungsfunktion.

Beispiel: Nach § 311b Abs. 1 S. 1 BGB bedarf der Kaufvertrag über ein Grundstück der notariellen Beurkundung, um den Grundstückseigentümer und den Erwerber vor Übereilung zu warnen, eine fachkundige Beratung durch einen Notar zu ermöglichen sowie etwaigen Streitigkeiten über Abschluss und Inhalt des Vertrages vorzubeugen (Beweisfunktion).

- **Inhaltliche Schranken** - Rechtsgeschäfte müssen einen zulässigen Inhalt haben, um wirksam zu sein.

Beispiel: Gem. § 138 Abs. 1 BGB ist ein Rechtsgeschäft nichtig, wenn es gegen die guten Sitten verstößt. Ein Leihmuttervertrag ist sittenwidrig, wenn das Kind zum Gegenstand eines Rechtsgeschäfts gemacht wird und damit zur Handelsware degradiert wird.

2.4 Willensmängel

Eine Willenserklärung entsteht auf folgende Weise: Jemand gelangt auf Grund einer Reihe von Beweggründen zu dem Willen, eine bestimmte Rechtsfolge herbeizuführen. Entsprechend diesem so genannten Geschäftswillen gibt er seine Erklärung ab.

Beispiel: K will seiner Freundin zu ihrem Geburtstag am 01.06. ein Geschenk machen. Er geht davon aus, dass die Freundin Schmuck liebt und dass er 300,- € für den Kauf zur Verfügung hat. Den ihm von V vorgelegten Ring hält er für golden. Er will den Ring kaufen. Dementsprechend erklärt er V: „Ich kaufe diesen Ring für 300,- €.“ Nimmt V dieses Angebot an, ist ein Kaufvertrag über den Ring zum Preis von 300,- € zu Stande gekommen.

Im Ideal- und Regelfall kommt die Willensbildung fehlerfrei zu Stande und wird der Geschäftswille fehlerfrei erklärt.

Es gibt jedoch auch Fälle, in denen die Willenserklärung Fehler aufweist.

- **Der Erklärende hat keinen Rechtsfolgewillen.**

- Er erklärt zwar etwas rechtlich Erhebliches, will das aber nicht gelten lassen. Der Erklärende ist an seine Willensäußerung gebunden, da es im Grundsatz nur darauf ankommt, wie der Empfänger die Erklärung verstehen durfte (Empfängerhorizont).

Beispiel: A kauft in Gegenwart seiner Freundin B einen Expander. Kurz danach ruft er beim Verkäufer an und erklärt, er habe das nur auf Drängen seiner Freundin getan, die dauernd seinen Körper kritisiere. Er denke nicht daran, den Expander zu benutzen. Hier durfte der Verkäufer auf die rechtliche Verbindlichkeit der Willenserklärung des A vertrauen. A ist an seine Erklärung gebunden.

- Er erklärt in Übereinstimmung mit dem Partner etwas, was nach dem Willen beider nicht gelten soll. Dieses Scheingeschäft ist nichtig.

Beispiel: Zum Zweck der Steuerersparnis einigen sich zwei Parteien auf einen viel zu niedrigen Kaufpreis. In Wirklichkeit soll ein viel höherer Kaufpreis gelten. Zumindest das Scheingeschäft ist nichtig.

- Er erklärt etwas im Spaß und mit der Erwartung, der andere werde dies erkennen. Diese Erklärung ist nichtig.

Beispiel: A erscheint in der Silvesternacht leicht angesäuselt bei seinem Mieter B und erklärt mit düsterer Miene, er müsse ihm die Wohnung zum 01.04. kündigen. B nimmt das ernst, obwohl A glaubt, einen gelungenen Scherz zu machen. B kann sich in zweierlei Hinsicht nicht auf die Kündigung berufen. Zum einen liegt ein Spaßgeschäft vor, zum anderen wurde die Form einer Kündigung von Wohnraum nicht eingehalten. Dies muss nämlich schriftlich geschehen, § 568 Abs. 1 BGB.

- **Der Erklärende weiß nicht, dass die geäußerte Erklärung von seinem Willen abweicht.**

Es handelt sich hierbei um so genannte Irrtumsfälle.

- **Inhaltsirrtum** - jemand gibt eine Erklärung ab, will sie auch so abgeben, irrt sich aber über die objektive Bedeutung der Erklärung

Beispiel: Der einfältige A kommt in die Stadt und sieht ein Taxi mit der Aufschrift frei. Er glaubt eine Freifahrt machen zu dürfen und bestellt eine Stadtrundfahrt.

- **Erklärungsirrtum** - hier meint jemand, die gewollte Erklärung abzugeben, er erklärt aber etwas anderes, ohne es zu merken

Beispiel: A will bei B 20 Bildschirme bestellen, er schreibt aber 20 Drucker. Hier verschreibt sich A nur.

- **Eigenschaftsirrtum** - es liegt hier ein Irrtum über eine wesentliche Eigenschaft vor

Beispiel: A gewährt dem zahlungsunfähigen B Kredit, weil er seine wahren wirtschaftlichen Verhältnisse nicht kennt und ihn für liquid hält.

Der Irrrende kann seine Willenserklärung anfechten, wenn er sie bei Kenntnis der Sachlage und verständiger Würdigung des Falles nicht abgegeben hätte.

Diese Anfechtung ist eine einseitige Willenserklärung, die dem anderen unverzüglich gegenüber abzugeben ist. Folge der Anfechtung ist die Nichtigkeit des Rechtsgeschäfts, d.h. mit der Anfechtung wird dem Rechtsgeschäft die Wirksamkeit entzogen.

Der Anfechtungsgegner ist jedoch so zu stellen, als wenn das Rechtsgeschäft nicht getätigt worden wäre. Der Anfechtende hat somit Schadensersatz zu zahlen (Vertrauensschaden).

- **Der Erklärende wird bei der Abgabe der Willenserklärung von außen ohne oder gegen seine Willen beeinflusst**

- **Arglistige Täuschung** - bedeutet die bewusste Erregung oder Aufrechterhaltung eines Irrtums bei einem anderen. Sie geschieht, um ihn zu einer Willenserklärung zu veranlassen.

Beispiel: A kauft von B ein gebrauchtes Auto. Als A fragt, ob es sich um einen Unfallwagen handelt, verneint B wahrheitswidrig. Hätte A gewusst, dass belogen wird, hätte er einen niedrigeren Kaufpreis vereinbart oder nicht gekauft.

- **Drohung** - besteht in der Ankündigung eines Übels, wodurch der Bedrohte sich gezwungen sieht, eine Willenserklärung abzugeben

Beispiel: A weiß, dass B Schmuck gestohlen hat. Er verlangt von ihm einen Armreif, weil er ihn anderenfalls anzeigen werde. B schenkt ihm den Reif.

Die Folge eines mittels Täuschung oder Drohung abgeschlossenen Geschäfts ist zunächst dennoch dessen Gültigkeit. Das Geschäft kann jedoch wie beim Irrtum angefochten werden. Jedoch hat hier der Anfechtungsgegner natürlich keinen Anspruch auf Schadensersatz.

2.5 Bedingte, befristete und zustimmungsbedürftige Rechtsgeschäfte

Das **bedingte Rechtsgeschäft** enthält eine Bestimmung, welche die Wirkungen des Geschäfts von einem zukünftigen, ungewissen Ereignis abhängig macht.

Beispiel: A verspricht dem B, ihm oder seinem Erben monatlich 200,- € zu zahlen, wenn der Vater des B stirbt. Der Tod des Vaters ist gewiss, ungewiss ist nur der Zeitpunkt des Todes. Das Versprechen stellt somit gerade kein bedingtes Rechtsgeschäft dar.

Eine Bedingung wird meist deshalb in das Rechtsgeschäft aufgenommen, um schon bei Geschäftsabschluss einem möglichen künftigen Umstand Rechnung zu tragen und das Geschäft der zukünftigen Entwicklung anpassen zu können.

Beispiel: Der Erblasser bestimmt in seinem Testament, dass die Erbfolge sich zu Gunsten seiner Kinder und zu Ungunsten seiner Ehefrau ändern soll, wenn diese wieder heiratet (Wiederverheirathungsklausel).

Das **befristete** Rechtsgeschäft enthält eine Bestimmung, welche die Wirkung des Geschäfts von dem Eintritt eines bestimmten Termins abhängig macht. Bei der Befristung geht es um ein zukünftiges gewisses Ereignis.

Beispiel: V und M schließen am 2.1. einen Mietvertrag über eine Maschine, beginnend ab dem 1.4. und endend am 31.10.

Das **zustimmungsbedürftige** Rechtsgeschäft ist ein Rechtsgeschäft, das kraft Gesetzes zu seiner Wirksamkeit der Zustimmung einer dritten Person bedarf.

Die Einwilligung ist eine Zustimmung, die dem zustimmungsbedürftigen Geschäft zeitlich vorausgeht.

Beispiel: Der minderjährige A möchte sich ein Fahrrad bei dem Großhändler B kaufen. Die Mutter des A ruft bei B an und teilt diesem mit, dass A sich ein Fahrrad kaufen könne. Hier liegt eine Einwilligung der Mutter des A vor.

Die Genehmigung ist die Zustimmung, die dem zustimmungsbedürftigen Geschäft zeitlich nachfolgt.

Beispiel: Kauft der 14-jährige A in einem Computergeschäft auf Raten eine Computeranlage, so ist der Vertragsschluss von der nachträglichen Genehmigung des gesetzlichen Vertreters abhängig.

2.6 Stellvertretung

Wollte die Rechtsordnung verlangen, dass jedermann seine Geschäfte selbst erledigt, dann würde sich der Rechtsverkehr sehr zähflüssig abspielen und schließlich zum Erliegen kommen. Es liegt deshalb im Interesse jedes Einzelnen, an Stelle seiner selbst einen anderen senden zu können, der für ihn Geschäfte abschließt. Er kann dazu einen **Stellvertreter** einsetzen.

Stellvertretung bedeutet rechtsgeschäftliches Handeln im Namen des Vertretenen mit rechtlicher Wirkung für diesen.

Beispiel: Hat ein Computerankäufer seinen Freund in Erfurt gebeten, dort Verhandlungen für ihn zu führen und sagt dieser das dem Verkäufer, so wird er selbst zu nichts verpflichtet, sondern die Rechtswirkungen seiner Verhandlungen treten in der Person des Computerankäufers ein.

Vom Stellvertreter ist der **Bote** zu unterscheiden. Dieser übermittelt eine fertige Willenserklärung oder nimmt sie entgegen.

Beispiel: K bittet seinen Freund F, er möge für ihn bei dem Autohändler H ein gebrauchtes Auto für höchstens 3000,- € kaufen, da F Fachmann ist. F gibt beim Kauf eine eigene Willenserklärung ab und ist in der Ausgestaltung frei. Er ist Stellvertreter.

K bittet F, dem Autoverkäufer H zu bestellen, K werde das gestern besichtigte Auto zu dem besprochenen Preis kaufen. Hier hat F keine Einflussmöglichkeiten auf den Vertrag, er übermittelt eine fertige Willenserklärung des K. Er ist somit Bote.

Die Befugnis, wirksam für einen anderen Rechtswirkungen herbeizuführen, beruht auf der Vertretungsmacht, die ihren Grund in einem Rechtsgeschäft oder im Gesetz haben kann.

- Vertretungsmacht durch **Vollmacht**; Vollmacht ist die durch Rechtsgeschäft erteilte Vertretungsmacht, § 166 Abs. 2 Satz 1 BGB. Die Erteilung der Vollmacht bedarf grundsätzlich keiner Form und erlischt mit der Beendigung des ihr zu Grunde liegenden Rechtsverhältnisses (z.B. Auftrag).

Beispiel: A scheidet als Handelsvertreter aus den Diensten des B aus. Damit ist auch die Handelsvertretervollmacht erloschen.

Handelt ein Vertreter **ohne erforderliche Vertretungsmacht**, so wird der angeblich Vertretene nicht automatisch verpflichtet.

Beispiel: Der entlassene Handelsvertreter verkauft dennoch für den Handelsbetrieb Waren. Der Handelsbetrieb kann nun entscheiden, ob er die Geschäfte gelten lassen will oder nicht. Lässt er sie nicht gelten, so muss der frühere Handelsvertreter die Verträge entweder selbst erfüllen oder Schadensersatz zahlen.

Für einseitige Rechtsgeschäfte gelten im übrigen Sonderregeln, da das Gesetz anordnet, dass in diesen Fällen Vertretung ohne Vertretungsmacht unzulässig ist (§ 180 BGB). Das heißt, selbst bei ordnungsgemäßer Bevollmächtigung kann im Einzelfall eine unwirksame Rechtshandlung des Vertreters gegeben sein.

Beispiel: Der Arbeitgeber A beauftragt seine Sekretärin S für ihn dem Arbeitnehmer B schriftlich zu kündigen. S schickt dem B eine Kündigung. Dieser kann die Kündigung unverzüglich zurückweisen, da ihm die Vollmachtsurkunde nicht im Original vorgelegt worden ist (§ 174 BGB).

AufgabenAufgabe 1

A hat die Nase voll von ihrer Ehe. Sie reicht die Scheidung vor dem zuständigen Familiengericht ein.

Handelt es sich vorliegend um ein einseitiges oder mehrseitiges Rechtsgeschäft?

Wie wäre es, wenn beide Ehepartner sich entschließen, die Scheidung einzureichen und einen Vertrag über die Gütertrennung abgeschlossen haben?

Aufgabe 2

Nennen Sie die Voraussetzungen für das Zustandekommen eines Vertrages!

Aufgabe 3

K will dem V seinen alten Computer für 300,- € zum Kauf anbieten. Er schreibt aber irrtümlich 200,- €.

Welche Art von Irrtum liegt hier vor?

Aufgabe 4

K beauftragt seinen Mitarbeiter B, auf der Cebit mehrere Computer zu kaufen.

Handelt B als Vertreter des K?

3 Rechtssubjekte und Rechtsobjekte

Lernbereich

3.1 Subjektive Rechte

Subjektives Recht ist eine dem Einzelnen vom objektiven Recht verliehene Rechtsmacht, eine Sache nach eigenem Willen zu beherrschen, von einem anderen ein Tun oder Unterlassen zu verlangen oder einseitig auf ein Rechtsverhältnis gestaltend einzuwirken.

Die unmittelbare Rechtsmacht des einzelnen kann verschiedene Formen haben:

- **Beherrschungsrechte** - auch Herrschaftsrechte genannt, verleihen dem Inhaber die Rechtsmacht, mit einem Gegenstand, soweit keine Rechte anderer entgegenstehen, nach Belieben zu verfahren.

Das wichtigste Beherrschungsrecht ist das Eigentum. Nach § 903 BGB kann der Eigentümer einer Sache, soweit nicht das Gesetz oder Rechte Dritter entgegenstehen, mit der Sache nach Belieben verfahren und andere von jeder Einwirkung ausschließen.

- **Ansprüche** - auch Forderungen gegen eine andere Person

Der Verkäufer kann vom Käufer Zahlung des Kaufpreises verlangen. Kinder können von ihren Eltern Unterhalt begehren.

- **Gestaltungsrechte** - mit ihrer Hilfe kann ein Rechtsverhältnis durch einseitigen Akt einer Partei, meist durch Erklärung, begründet, verändert oder aufgehoben werden.

Beispiele dafür sind:

Kündigungsrechte, die Anfechtung eines Vertrages, das Rücktrittsrecht und das Anagnungsrecht.

3.2 Rechtssubjekte

3.2.1 Natürliche Personen

Das subjektive Recht setzt einen Träger dieses Rechts, ein Rechtssubjekt voraus. Das BGB bezeichnet das Rechtssubjekt als Person, es kennt natürliche und juristische Personen.

Natürliche Person ist jeder Mensch.

Jeder Mensch kann Träger von Rechten sein und ist somit rechtsfähig. Unter Rechtsfähigkeit versteht man die Fähigkeit, Träger von Rechten und Pflichten zu sein.

Die Rechtsfähigkeit des Menschen beginnt mit der Vollendung der Geburt, § 1 BGB, und endet mit dem Tod des Menschen, vgl. § 1922 Abs. 1 BGB.

Beispiel: Der Autofahrer A gerät infolge überhöhter Geschwindigkeit auf den Bürgersteig und verletzt dabei den fünfzigjährigen Fußgänger F, den sechsjährigen Rollerfahrer R und den Säugling S, der im Kinderwagen liegt. Damit erwerben F, R und S - ohne Rücksicht auf ihr Alter - kraft Gesetzes Ansprüche auf Ersatz des erlittenen Schadens gegen A.

3.2.2 Juristische Personen

Juristische Personen gibt es sowohl im öffentlichen Recht als auch im Privatrecht. Behandelt werden hier nur die des Privatrechts.

Es handelt sich bei den juristischen Personen des Privatrechts um eine Zusammenfassung von Personen und Vermögensmassen, die mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattet sind.

D.h. es sind Personenvereinigungen (Vereine) und Vermögensmassen (Stiftungen), welche die Rechtsordnung als rechtsfähig anerkennt.

Das BGB regelt im Bereich der juristischen Personen des Privatrechts nur den Verein. Er ist aber gewissermaßen das Modell für alle anderen juristischen Personen des Privatrechts, z.B. Aktiengesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, oder die Genossenschaft.

Soweit in den einschlägigen Gesetzen (Aktiengesetz, GmbH-Gesetz, Genossenschaftsgesetz) eine Regelung fehlt, ist also auf die für den Verein geltende zurückzugreifen. Eine dieser grundlegenden Normen ist § 31 BGB. Danach ist die juristische Person für den Schaden verantwortlich, den eines ihrer Organe verursacht.

Beispiel: Führt der Vorstand des Vereins „Alle Neune“ nach Ahaus, um dort mit einem Gastwirt wegen der Überlassung des Saales für eine Vereinsveranstaltung zu verhandeln und überfährt er aus Unachtsamkeit einen Fußgänger, so haftet auch der Verein für den Schaden. Der Vorstand hat nämlich in Ausführung einer ihm zustehenden Verrichtung gehandelt, weil es zu seinen Aufgaben gehört, Feste auszurichten und vorzubereiten.

3.3 Rechtsobjekte

3.3.1 Rechtsobjekte im Allgemeinen

Rechtsobjekt ist jedes Gut, auf das sich die rechtliche Herrschaftsmacht des Rechtssubjekts erstrecken kann.

Gegenstand rechtlicher Herrschaftsmacht können Sachen (körperliche), Immaterialgüter und Rechte sein (unkörperliche).

- **Immaterialgüter** sind geistige Schöpfungen, an denen das Gesetz dem Urheber ein ausschließliches Nutzungs- und Verwertungsrecht einräumt.

Solche Immaterialgüterrechte bestehen an Werken der Literatur, Wissenschaft und Kunst, an Geschmacksmustern und Marken.

- Von den **Rechten** können nur die Vermögensrechte Gegenstand rechtlicher Herrschaftsmacht sein.

Dazu zählen dingliche Rechte wie Eigentum, Rechte an Rechten, Forderungen sowie Mitgliedschaftsrechte an Kapital- und Personengesellschaften.

Rechtsobjekte können niemals Träger von Rechten und Pflichten, sondern immer nur Gegenstand rechtlicher Herrschaftsmacht sein.

3.3.2 Sachen

Nach § 90 BGB sind Sachen im Sinne des Gesetzes nur körperliche Gegenstände. Das sind unpersönliche, körperliche, für sich bestehende Stücke der beherrschbaren Natur.

Wichtigstes Unterscheidungskriterium der Sacheigenschaft ist ihre Beweglichkeit oder Unbeweglichkeit.

- **Unbewegliche Sachen** - sind die durch die Vermessung abgegrenzten Teile der Erdoberfläche, die im Grundbuch als selbstständige Grundstücke eingetragen sind.
- **Bewegliche Sachen** - sind alle körperlichen Gegenstände, die nicht Grundstücke sind.

Aufgabe 1

Welche Formen von subjektiven Rechten kennen Sie?

Aufgabe 2

Was versteht man unter einer juristischen Person des Privatrechts?

Aufgabe 3

Wann beginnt die Rechtsfähigkeit einer natürlichen Person und wann endet sie?

Aufgaben

Lernbereich**4 Schuldverhältnisse****4.1 Allgemeines Schuldrecht****4.1.1 Grundlagen**

Der Begriff des Schuldverhältnisses wird vom Gesetz in doppeltem Sinne verwandt:

Schuldverhältnis im weiteren Sinne - ist ein Rechtsverhältnis zwischen mindestens zwei Personen, kraft dessen wenigstens eine von der anderen eine bestimmte Leistung zu fordern berechtigt ist.

Schuldverhältnis im engeren Sinne - ist das Recht auf eine Leistung, der einzelne Anspruch. Die Forderung des Gläubigers gegen den Schuldner.

Jedes Schuldverhältnis im weiteren Sinne enthält mindestens eine Forderung des Gläubigers. Dem entspricht auf Seiten des Schuldners eine Leistungspflicht.

Leistungspflicht des Schuldners

Welche Leistung der Schuldner zu erbringen hat, ergibt sich aus dem Rechtsgeschäft oder Gesetz. Mit dem Schuldverhältnis entsteht die (primäre) Leistungspflicht des Schuldners.

Beispiele: Kaufpreiszahlung, Lieferung der Sache

Bei Störungen der primären Leistungspflicht kann eine sekundäre Leistungspflicht entstehen.

Beispiel: Hat K gegen V einen Anspruch auf Lieferung des Servers bis zum 15. Mai, so tritt nach Ablauf dieses Tages neben die primäre Leistungspflicht (auf Übereignung) die sekundäre Pflicht des Ersatzes des Verzugschadens.

Aus dem Schuldverhältnis können sich Nebenpflichten ergeben, die im Gesetz oder Vertrag nicht ausdrücklich geregelt sein müssen. Diese können sich beispielsweise als Schutzpflichten oder Aufklärungspflichten darstellen.

Beispiel: Die Transportfirma, die vertraglich zur Auslieferung des Servers verpflichtet ist, muss die Arbeit nicht nur fachgerecht ausführen, sondern hat auch darauf zu achten, dass sie bei Anlieferung nicht andere Gegenstände aus Unachtsamkeit beschädigt. Verschrammen die Mitarbeiter der Transportfirma infolge der Unachtsamkeit den Schreibtisch, auf dem der Server stehen soll, so ist auch die Firma zum Schadensersatz verpflichtet.

Forderungsrecht des Gläubigers

Auf Grund des Schuldverhältnisses hat der Gläubiger ein Forderungsrecht gegen den Schuldner und nur gegen ihn.

Die Rechtsordnung gibt dem Gläubiger die Möglichkeit, sein Forderungsrecht gegen den Schuldner mithilfe des Staates durchzusetzen. Der Gläubiger kann seine Forderung gegen den Schuldner einklagen und aus dem Urteil, das der Klage stattgibt, die Zwangsvollstreckung betreiben.

Beispiel: Liefert der Verkäufer den gekauften Server nicht, so kann der Käufer gegen ihn Klage erheben mit dem Antrag, den Verkäufer zu verurteilen, den Server an den Käufer zu übereignen und zu übergeben. Wird der Klage stattgegeben und liefert der Verkäufer trotzdem nicht, so hat der Käufer die Möglichkeit, den Gerichtsvollzieher zu beauftragen, der den Server dem Verkäufer wegnimmt und dem Käufer übergibt.

4.1.2 Begründung von Schuldverhältnissen

Ein Schuldverhältnis kann durch Rechtsgeschäft oder kraft Gesetzes entstehen.

Entstehung von Schuldverhältnissen durch Rechtsgeschäft

Unterschieden wird zwischen vertraglicher Entstehung oder einseitigem Rechtsgeschäft.

Ein vertragliches Schuldverhältnis setzt zwei einander entsprechende Willenserklärungen voraus. Nach den Verpflichtungen kann dies:

- zu einem gegenseitigen Vertrag führen,
- einseitig verpflichtende Verträge auslösen,
- unvollkommen zweiseitig verpflichtende Verträge erzeugen.

Ein gegenseitiger Vertrag - liegt vor, wenn der eine Vertragsteil eine Leistung gerade deshalb verspricht, weil auch der andere sich zu einer Leistung verpflichtet.

Beispiel: Tauschvertrag: K verpflichtet sich, dem V sein Pferd gegen ein Auto zu überlassen. Hier bietet K ein Pferd und erhält im Gegenzug das Auto.
Kaufvertrag: K erhält das Bild „Mona Lisa“ von V. Und V erhält für das Bild von K 500,- €.

Ein einseitig verpflichtender Vertrag - liegt vor, wenn immer nur eine Vertragspartei zur Leistung verpflichtet ist.

Beispiel: K verspricht dem V, ihm ein Notebook zu schenken. Hier verpflichtet sich lediglich K zur Schenkung des Notebooks. Für V ergeben sich keine Verpflichtungen aus dem Schenkungsvertrag.

Unvollkommen zweiseitig verpflichtende Verträge - liegen vor, wenn nur für einen Vertragsteil Leistungspflichten entstehen, unter Umständen sich aber auch eine Verpflichtung des anderen Vertragsteils ergeben kann.

Beispiel: K hat sich verpflichtet, während der Abwesenheit des V regelmäßig die an V gerichteten Mails auszudrucken. Diese Verpflichtung übernimmt er unentgeltlich, sodass es sich um einen Auftrag handeln könnte. Für den Fall, dass V nicht genügend Druckpapier vorrätig hat und K neues Papier kaufen muss, hat V die Aufwendungen des K zu bezahlen.

Ausnahmsweise kann ein Schuldverhältnis auch durch **einseitiges Rechtsgeschäft** eintreten. Dafür seien zwei Beispiele genannt:

Beispiel - Auslobung: Durch Auslobung, also öffentlich bekannt gemachtes Versprechen, eine Belohnung für das Wiederbringen des Hundes Sasha zu zahlen. Derjenige, der den Hund zu dem Auslobenden zurückbringt, hat einen Anspruch auf die ausgeschriebene Belohnung.

Beispiel - Vermächtnis: Durch das Vermächtnis „X ist mein Erbe und V soll mein Klavier haben“ hat der V nach dem Tode des Erblassers Anspruch auf Übereignung des Klaviers gegenüber dem Erben.

Entstehung des Schuldverhältnisses kraft Gesetzes

Schuldverhältnisse können auch ohne Rechtsgeschäft unmittelbar kraft Gesetzes entstehen.

Eine unerlaubte Handlung bestimmt eine Ersatzpflicht für zurechenbare Schäden.

Beispiel: Ein Kraftfahrer fährt bei Glatteis zu schnell und gerät auf den Bürgersteig und verletzt einen Fußgänger. Er hat diesem Schadensersatz zu zahlen.

Eine ungerechtfertigte Bereicherung ohne Rechtsgrund ist rückgängig zu machen.

Beispiel: Die Herde von X weidet auf der Wiese des Y. Dadurch spart X Futterkosten und Y erleidet einen Vermögensverlust. Diese Vermögensverschiebung erfolgt ohne Rechtsgrund und ist daher von X auszugleichen

Eine Geschäftsausführung ohne Auftrag aber kraft Gesetz begründet ein gesetzliches Schuldverhältnis, aus dem sich für beide Beteiligten Pflichten ergeben können.

Beispiel: Ein Kraftfahrer, der einen bewusstlosen schwer Verletzten in ein Krankenhaus bringt, kann seine Fahrkosten und sein Verbandsmaterial vom Verletzten ersetzt verlangen. Dies ergibt sich aus dem gesetzlichen Schuldverhältnis der Geschäftsführung ohne Auftrag.

4.1.3 Inhalt von Schuldverhältnissen

Grundsätzlich gilt:

Der Schuldner muss das leisten, wozu er nach dem Inhalt des jeweiligen Schuldverhältnisses verpflichtet ist. D.h. der Inhalt des Schuldverhältnisses ergibt sich entweder aus dem jeweiligen vertraglichen Verhältnis oder aus dem gesetzlichen Schuldverhältnis.

Der Gläubiger hat einen Anspruch darauf, dass der Schuldner die geschuldete Leistung voll und ganz so erfüllt, wie es dem Schuldverhältnis entspricht.

Die Leistung muss davon ausgehend **uneingeschränkt, am richtigen Ort, zur richtigen Zeit** und in der **richtigen Art und Weise** erfolgen.

Beispiel: Hat A mit B vereinbart, das verkaufte Auto zur Wohnung des B nach Jena zu bringen, so hilft es dem B nichts, wenn das Auto auf dem Jenaer Paradiesbahnhof steht. A kann ihn nicht darauf verweisen, sich das Auto dort abzuholen. Er hat vielmehr den Vertrag noch nicht vollständig erfüllt.

Parteien des Schuldverhältnisses sind auf der einen Seite der **Gläubiger**, auf der anderen Seite der **Schuldner**. Diese stehen von Anfang an fest. Es können aber auf beiden Seiten auch mehrere Personen stehen.

4.1.4 Erlöschen von Schuldverhältnissen

Zu unterscheiden ist zwischen der **Aufhebung** des Schuldverhältnisses im ganzen oder dem **Erlöschen der Einzelverbindlichkeit**.

Aufhebung des Schuldverhältnisses

Eine Aufhebung des Schuldverhältnisses kann mit rückwirkender Kraft oder nur für die Zukunft eintreten.

Beispiel: Vermieter und Mieter vereinbaren nach fünf Jahren die Beendigung des auf zehn Jahre abgeschlossenen Mietvertrages. Dies stellt eine vertragliche Aufhebung für die Zukunft dar.

Ein Aufhebungsvertrag ist im Rahmen der Vertragsfreiheit möglich.

Ein einseitiges Aufhebungsrecht ist beispielsweise die Kündigung. Sie stellt eine einseitige empfangsbedürftige Willenserklärung dar, die den Zweck verfolgt, das Schuldverhältnis zu beenden oder die Fälligkeit der Forderung zu bewirken.

Beispiel: A kündigt das Mietverhältnis. B kündigt das unbefristet gewährte Darlehen.

Weitere einseitige Aufhebungsrechte sind das Rücktrittsrecht, der Widerruf und die Anfechtung eines Vertrages.

Beispiel: A vermietet an B zum 01.10. eine Wohnung, behält sich aber ein Widerrufsrecht bis zum 15.09. vor.

Erlöschen der Einzelverbindlichkeit

Der natürlichste Fall des Erlöschens ist die Erfüllung einer Schuld.

Beispiel: K hat bei V einen Drucker Marke Canon gekauft. Sie vereinbaren die Lieferung des Druckers durch V. Indem V dem K den Drucker liefert, hat er seine Vertragspflichten erfüllt, sodass die Schuld durch Erfüllung erloschen ist.

Der Erfüllung einer Schuld stellt das Gesetz so genannte Erfüllungssurrogate gleich. Es handelt sich hierbei um die Leistungen an Erfüllung Statt, wie Hinterlegung, Aufrechnung, Erlassvertrag.

Beispiel: B hat gegen A eine Kaufpreisforderung von 500,- €. A hat gegen B einen Anspruch auf Rückzahlung eines Darlehens in Höhe von 400,- €. Verlangt A von B die Rückzahlung des Darlehens, ohne den Kaufpreis zahlen zu können oder zu wollen, kann B mit seiner Kaufpreisforderung von 500,- € aufrechnen, sodass er dem A nur noch 100,- € schuldet.

4.1.5 Störungen im Schuldverhältnis

Ursachen für Störungen bei der Abwicklung von Schuldverhältnissen können sowohl beim Schuldner als auch beim Gläubiger liegen. Dabei entstehen sehr unterschiedliche Rechtsfragen.

Beispiel: V soll K einen Fernsehapparat liefern. Er schickt seine Leute versehentlich zu X, sodass K, dem der Apparat pünktlich geliefert werden soll, ein heiß ersehntes Fußballspiel nicht verfolgen kann. Das wäre nicht besonders schlimm. Aber angenommen, K sei ein Händler, der den Apparat mit Gewinn weiterverkaufen wollte. Kann er diesen Gewinn von V verlangen?

Beispiel: K soll vereinbarungsgemäß am 15.03. um 16.00 Uhr vom Schneider seinen Maßanzuges abholen. Er vergisst das. Danach bricht in der Werkstatt ein Brand aus, sodass der Anzug zerstört wird. Muss der Schneider einen anderen Anzug liefern? Muss K zahlen?

Leistungsstörungen

Kommt die Störung bei der Abwicklung des Schuldverhältnisses aus der Sphäre des Schuldners, so spricht man von Leistungsstörungen.

Unterschieden werden verschiedene Formen von Leistungsstörungen. Die wichtigsten sind:

- **die Unmöglichkeit der Leistung**

Die geschuldete Leistung kann objektiv von niemandem oder zumindest vom Schuldner nicht mehr erbracht werden.

- **der Verzug des Schuldners**

Hier tritt eine schuldhafte Verzögerung der an und für sich möglichen Leistung ein.

Beispiel: K ist Händler von Fernsehgeräten und kann mit einem Kunden einen günstigen Vertrag schließen. V als Lieferant liefert das Gerät durch zwischenzeitliche Falschzustellung verspätet. K entgeht dadurch das günstige Geschäft. Er kann von V den Gewinnersatz fordern.

Praktisch vielfältig ist der Fall der Unmöglichkeit der Leistung.

Ist die **Leistung von Anfang an niemandem möglich**, so liegt so genannte anfängliche objektive Unmöglichkeit vor. Ein auf eine solche Leistung gerichteter Vertrag ist nach neuem BGB nicht mehr nichtig.

Der Gläubiger kann nach seiner Wahl Schadensersatz statt der Leistung oder Ersatz seiner Aufwendungen verlangen. Dies gilt nicht, wenn der Schuldner das Leistungshindernis bei Vertragsschluss nicht kannte und seine Unkenntnis auch nicht zu vertreten hat.

Beispiel: Der Maler V schließt mit L einen Kaufvertrag über eines seiner Bilder ab. Dabei übersieht er aus Vergesslichkeit, dass das Bild bereits kaputt gegangen ist. L kann unter anderem Ersatz seiner Aufwendungen verlangen.

Ist die **Leistung von Anfang an zwar dem Schuldner unmöglich**, könnte die aber ein **Dritter erbringen**, so spricht man von anfänglich subjektiver Unmöglichkeit.

Beispiel: A verkauft dem B aus seiner Produktion Mikrochips, ohne sich erkundigt zu haben, ob die Produktion nicht etwa schon erschöpft sei. Ist das der Fall, so haftet er dem B für den Mehrpreis, den dieser anderweitig zahlen muss.

Eine Haftung soll allerdings nicht eintreten, wenn die Unmöglichkeit durch höhere Gewalt herbeigeführt wurde, also durch ein auf Zufall beruhendes Ereignis, ohne dass den Schuldner ein Verschulden trifft.

Ist die **Leistung zunächst**, bei Abschluss des Vertrages, zwar **möglich**, wird sie aber **nachher** - vor Erfüllung - **unmöglich**, so spricht man von nachträglicher Unmöglichkeit. Unterschieden wird dabei zwischen verschuldetem und unverschuldetem Unmöglichwerden.

Beispiel: A verkauft dem B ein Buch. Vor der Übergabe bricht bei A durch leichte Fahrlässigkeit ein Brand aus. Das Buch wird vernichtet. A wird zwar von seiner Verpflichtung frei, das Buch zu liefern. Hat A den Brand allerdings, wie hier, zu vertreten, so muss er Schadensersatz zahlen..

Sonderfall „Gegenseitiger Vertrag“

Liegt ein Schuldverhältnis in der Form eines **gegenseitigen Vertrages** vor, so trifft das Gesetz zusätzliche Regelungen für die **Gegenleistung**.

Hierbei wird insbesondere auf das Vertretenmüssen der Unmöglichkeit abgestellt. Hat keiner die Unmöglichkeit zu vertreten, so wird der Schuldner von der Leistungspflicht frei und der Gläubiger braucht seine Gegenleistung nicht zu erbringen.

Beispiel: Das verkaufte, aber noch nicht übereignete Auto verbrennt zufällig (Blitzschlag) vor der Übergabe. Der Verkäufer als Schuldner des Autos braucht das Auto nicht mehr zu liefern, der Käufer als Schuldner des Kaufpreises nichts zu bezahlen.

Hat der Gläubiger das Unmöglichwerden zu vertreten, so wird der Schuldner frei, behält aber den Anspruch auf Gegenleistung.

Beispiel: Wenn K vergisst seinen Anzug zu dem fest vereinbarten Termin abzuholen und durch Zufall ein Brand bei dem Schneider ausbricht, dann muss K den Anzug bezahlen und der Schneider muss den Anzug nicht übergeben.

Hat der Schuldner das Unmöglichwerden zu vertreten, dann kann der Gläubiger mehrere Rechte geltend machen, wie z.B. Schadensersatz.

Beispiel: K und der Antiquitätenhändler V sind sich über den Kauf eines alten Schrankes einig geworden. Beim Verlassen stößt V den Schrank ungeschickt um. Dieser fällt und zerschellt in Trümmer. Der K kann nun z.B. den Gewinn fordern, den er nachweislich bei einem Weiterverkauf gemacht hätte.

4.1.6 Schadensersatzpflicht

Erleidet jemand an seinen Rechtsgütern eine unfreiwillige Einbuße und wird ihm dieser Schaden von einem anderen zugefügt, so kann er ihn nur dann ersetzt verlangen, wenn das Gesetz dafür eine Anspruchsgrundlage bereithält.

Man unterscheidet zwischen Schadensersatzansprüchen aus Vertrag und Gesetz.

Von einem **vertraglichen Schadensersatzanspruch** spricht man, wenn das Gesetz die Schadensersatzpflicht an eine Vertragsverletzung knüpft.

Als **gesetzliche Schadensersatzansprüche** bezeichnet man insbesondere die Ansprüche aus unerlaubter Handlung.

Eine Schadensersatzpflicht hat mehrere Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen:

- **Verletzung**

Durch ein Tun oder Unterlassen muss eine vertragliche Pflicht oder, soweit es um Schadensersatz wegen unerlaubter Handlung geht, ein geschütztes Rechtsgut verletzt sein.

Beispiel: V zerstört die an K verkaufte Sache. Er verletzt damit seine vertragliche Verpflichtung zur Übereignung und Übergabe der Sache.

Durch die Verletzungshandlung muss ein Schaden verursacht worden sein. Die Verletzungshandlung muss also ursächlich für den Schaden sein.

Beispiel: K fährt mit seinem PKW den Radfahrer V an. Der Radfahrer V erleidet aufgrund des Unfalls erhebliche Verletzungen. Zudem ist sein Fahrrad zerstört. Die Verletzungen und die Zerstörung des Fahrrads sind auf den Unfall zurückzuführen. Der Schaden am Fahrrad und an der Gesundheit des V ist aufgrund des Unfalls entstanden.

- **Rechtswidrigkeit**

Die Schadenszufügung muss widerrechtlich erfolgt sein, d.h. das Verhalten des Schädigers muss gegen ein Rechtsgebot oder -verbot verstoßen haben. Zumindest dürfen ihm keine Rechtfertigungsgründe zur Seite stehen.

Beispiel: R greift den Spaziergänger S an, um ihn zu berauben. S schlägt ihn mit einem Kinnhaken zu Boden. Die Verletzung des R durch Kinnhaken ist durch Notwehr gem. § 227 BGB gerechtfertigt.

- **Verantwortlichkeit**

Der Schädiger muss die rechtswidrige Verletzungshandlung auch zu vertreten haben. Er muss vorsätzlich oder fahrlässig gehandelt haben. Ausnahmsweise kennt das Recht auch die reine Gefährdungshaftung, wie sie z.B. beim Betrieb eines Kfz bestehen kann.

Beispiel: Ein Fußgänger wird von einem Autofahrer verletzt, ohne dass dieser fahrlässig gehandelt hätte. Der Autofahrer wird den Schaden des Fußgängers zumindest zum Teil zu tragen haben, da er das Kfz als ein gefährliches Objekt in Betrieb genommen hat.

Beispiel: Ein Reisender wird verletzt, als der D-Zug plötzlich abgebremst werden muss. Die Bundesbahn haftet nach § 1 Abs. 1 Haftpflichtgesetz dem Reisenden auf Schadensersatz für seine erlittenen Verletzungen.

4.2 Besonderes Schuldrecht

4.2.1 Kauf, Tausch, Schenkung

Das besondere Schuldrecht enthält drei Typen von Verträgen, die auf die Veräußerung eines Vermögensgegenstandes gerichtet sind: den Kauf, den Tausch und die Schenkung.

Kauf

Der Kauf ist ein gegenseitiger Vertrag, in dem sich der eine Vertragspartner (Verkäufer) zur Veräußerung eines Vermögensgegenstandes und der andere (Käufer) zur Zahlung einer Geldsumme verpflichten, § 433 BGB.

Der Kaufvertrag setzt voraus, dass die Parteien sich mindestens über den **Kaufgegenstand** und den **Kaufpreis einig** werden.

- **Kaufgegenstand**

Kaufgegenstände können **Sachen** und **Rechte** sein. Es ist nicht erforderlich, dass der Verkäufer Eigentümer der Sache oder Inhaber des Rechtes ist.

Sachen sind sowohl Mobilien, also bewegliche Sachen, als auch Grundstücke.

Rechte können verkauft werden, sofern sie übertragbar sind wie z.B. Forderungen, Hypotheken, Erbbaurechte.

Verkehrsfähige Güter sind auch alle Güter, die weder Sachen noch Rechte sind, z.B. Unternehmen.

- **Kaufpreis**

Der vom Käufer zu entrichtende Kaufpreis muss in Geld angegeben sein.

- **Form des Vertrags**

Ein Kaufvertrag kann formlos, also auch mündlich geschlossen werden. Nur in besonderen Fällen wird die Schriftform verlangt, z.B. beim Kauf von Grundstücken.

Die wichtigsten Pflichten der Kaufvertragsparteien sind in § 433 BGB geregelt. § 433 Abs. 1 BGB statuiert die Pflichten des Verkäufers: Durch den Kaufvertrag wird der Verkäufer einer Sache verpflichtet, dem Käufer die Sache zu übergeben und das Eigentum an der Sache zu verschaffen. Der Verkäufer hat dem Käufer die Sache frei von Sach- und Rechtsmängeln zu verschaffen. § 433 Abs. 2 BGB bestimmt die Pflichten des Käufers: Der Käufer ist verpflichtet, dem Verkäufer den vereinbarten Kaufpreis zu zahlen und die gekaufte Sache abzunehmen.

Beispiel: Verkäufer (V) und Kunde (K) verhandeln über den Verkauf eines Notebooks. Sie können sich nicht über den Kaufpreis einigen, deswegen treffen sie sich noch mal. Bis zu diesem Zeitpunkt ist zwischen V und K noch kein Vertrag zu Stande gekommen. Erst nach Einigung über den Kaufpreis ist ein Kaufvertrag geschlossen.

- **Hauptpflichten des Verkäufers**

Sowohl beim Sach- wie beim Rechtskauf muss der Verkäufer über die genannten Pflichten hinaus dem Käufer den verkauften Gegenstand frei von Rechten Dritter verschaffen.

Beim **Sachkauf** bestehen zusätzlich die Pflicht zur Eigentumsverschaffung zu Gunsten des Käufers und die Pflicht zur Übergabe.

Beispiel: V ist verpflichtet, dem K das Notebook zu übergeben.

Beim **Rechtskauf** besteht zusätzlich die Pflicht zur Verschaffung des Rechts zu Gunsten des Käufers.

- **Pflichten des Käufers**

Der Käufer hat die **Pflicht zur Zahlung** des Kaufpreises und die **Pflicht zur Abnahme**.

Beispiel: K ist verpflichtet, dem V den vereinbarten Kaufpreis zu zahlen und das Notebook abzunehmen.

Schenkung

Die Schenkung ist ein einseitig verpflichtender Schuldvertrag, der auf eine unentgeltliche Zuwendung gerichtet ist.

- die Schenkung setzt einen **Vertragsschluss** voraus
- der Schenkungsvertrag ist ein **schuldrechtliches Verpflichtungsgeschäft**
- Gegenstand des Vertrages muss eine **Zuwendung** sein, durch die das Vermögen des einen Vertragspartners verringert und der andere Vertragspartner bereichert wird
- Form des Schenkungsvertrags ist die **notarielle Beurkundung**. Dieses Schutzes bedarf es nicht, wenn Schenkung mit Vertragsschluss vollzogen wird.

Beispiel: V teilt dem K mit, dass er ihm sein Auto schenke. K ist darüber höchst erfreut. Am nächsten Tag verlangt er die Herausgabe des Autos. Da es bislang an der notariellen Beurkundung des Schenkungsversprechens fehlt, ist dieses unwirksam. K kann demnach nicht die Herausgabe des Autos fordern.

Zudem gibt es Sonderformen der Schenkung wie **Schenkungen unter Auflage** und die **gemischte Schenkung**.

Beispiel: K schenkt dem V ein Grundstück am Rande der Stadt. Als Auflage enthält der Schenkungsvertrag, dass das Grundstück der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden müsse. Wird die Auflage nicht vollzogen, so kann der Schenker die Herausgabe des Geschenkes fordern.

Tausch

Der Tausch ist ein gegenseitiger Vertrag, in dem sich die Parteien zum Tausch von Sachen oder Rechten verpflichten. Im Unterschied zum Kaufvertrag ist also keine Kaufpreiszahlung vereinbart.

Es ist jedoch auch eine **Mischung** zwischen Kaufvertrag und Tauschvertrag **möglich**.

Beispiel: Ein älteres Ehepaar, dessen Kinder weggezogen sind, tauscht sein zu groß gewordenen Reihenhauses gegen eine Eigentumswohnung und zum Wertausgleich erhält das Ehepaar noch eine Rente.

Man kann sich den Tauschvertrag vorstellen als zwei Kaufverträge.

Beispiel: K kauft von P ein Auto in Höhe von 500,- €. Im Gegenzug kauft P von K einen Computer für 500,- €. Da keiner von beiden Geld zahlen muss, tauschen sie die Gegenstände einfach aus.

4.2.2 Miete, Pacht, Leihe, Darlehen

Im Unterschied zu Kauf, Schenkung und Tausch, bei denen es um die Veräußerung eines Gegenstandes geht, handelt es sich bei **Miete, Pacht, Leihe um Gebrauchsüberlassung**.

Sie sind nämlich auf die **zeitweise Überlassung** des Gebrauchs eines Gegenstandes gerichtet.

Das Darlehen ist ein Gebrauchsüberlassungsvertrag besonderer Art. Gegenstand können hier nur **Geld** (Darlehen) oder andere **vertretbare Sachen** (Sachdarlehen) sein, die **übereignet werden**. Am Ende der Vertragszeit sind beim Darlehen nicht die überlassenen Gegenstände, sondern Sachen gleicher Art, Güte und Menge zurückzuerstatten.

Miete

Die Miete ist ein gegenseitiger Schuldvertrag, in dem sich die eine Partei (Vermieter) verpflichtet, der anderen Partei (Mieter) den Gebrauch einer Sache auf Zeit zu gewähren, während die andere Partei sich verpflichtet, die vereinbarte Miete zu zahlen.

Die Miete ist auf die **zeitweilige Überlassung des Gebrauchs** einer oder mehrerer Sachen gerichtet.

Gegenstand der Miete kann nur eine Sache, d.h. ein körperlicher Gegenstand sein. Die vermietete Sache kann beweglich oder unbeweglich sein.

Beispiel: K mietet sich von V in dessen Fahrradladen für einen Tag ein Fahrrad. Mietgegenstand ist das Fahrrad. M mietet die durch V angebotene Wohnung an. Mietgegenstand ist die Wohnung.

Der Vermieter schuldet nur die **Überlassung des Gebrauchs**. Zudem hat er die Mietsache in vertragsgemäßen Zustand zu halten.

Beispiel: V muss dem K das Fahrrad für den angemieteten Tag überlassen. V ist verpflichtet, die Wohnung zur Nutzung durch M zur Verfügung zu stellen.

- **Miete (früher Mietzins)**

Die Miete setzt weiterhin voraus, dass für die Überlassung des Gebrauchs eine Miete zu leisten ist. Diese wird regelmäßig in einer Geldleistung bestehen. Es können aber auch Sach- und Dienstleistungen als Mietzins vereinbart werden.

Beispiel: M möchte die Wohnung des V mieten. Da er nur ein sehr geringes Einkommen hat, möchte er keinen Mietzins entrichten, sondern die ausgeschriebene

Hausmeistertätigkeit übernehmen. Darüber einigen sich V und M. Vereinbarter Mietzins ist somit die Hausmeistertätigkeit.

- **Vertragsschluss**

Die Begründung eines Mietverhältnisses setzt einen Vertragsschluss der Parteien voraus. Diese müssen sich über den Mietgegenstand und das Entgelt einig sein.

- **Form**

Der Mietvertrag ist grundsätzlich formfrei.

Wird ein Mietvertrag über Wohnraum für längere Zeit als ein Jahr nicht in schriftlicher Form geschlossen, so gilt er für unbestimmte Zeit. Die Kündigung ist jedoch frühestens zum Ablauf eines Jahres nach Überlassung des Wohnraums zulässig, § 550 BGB.

- **Hauptpflichten des Vermieters**

Der Vermieter hat die Pflicht zur Gebrauchsüberlassung, zur Gebrauchserhaltung und zur Instandhaltung des Mietgegenstandes.

- **Nebenpflichten des Vermieters**

Der Vermieter muss die vom Mieter zur Erhaltung der Sache gemachten Aufwendungen ersetzen.

Der Vermieter muss die Wegnahme von Einrichtungen dulden, die der Mieter mit der Mietsache verbunden hat.

- **Hauptpflicht des Mieters**

Die Hauptpflicht des Mieters besteht in der Zahlung der Miete.

- **Nebenpflichten des Mieters**

Der Mieter darf den vertragsgemäßen Gebrauch der Mietsache nicht überschreiten.

Der Mieter trifft eine Obhuts- und Sorgfaltspflicht hinsichtlich der Mietsache.

Der Mieter muss die Mietsache nach Beendigung des Mietverhältnisses zurückgeben.

Pacht

Die Pacht ist ebenso wie die Miete ein entgeltlicher, gegenseitiger Vertrag zur Überlassung auf Zeit.

Aber in zwei Richtungen geht die Pacht über die Miete hinaus:

- sie umfasst außer dem Gebrauch des Pachtgegenstandes auch den Genuss derjenigen Früchte, die nach den Regeln einer ordnungsgemäßen Wirtschaft als Ertrag anzusehen sind.

Beispiel: V pachtet von K ein Gartengrundstück. Auf dem Grundstück befinden sich ein Bungalow und einige Obstbäume. K kann die Obstbäume abernten und für sich verbrauchen.

- die Pacht beschränkt sich nicht nur auf Sachen, sondern auch auf Rechte

Beispiel: V pachtet ein Unternehmen. Ein Unternehmen bildet regelmäßig eine Gesamtheit von Sachen (z.B. Maschinen), Rechten (z.B. Firma) und sonstigen Vermögenswerten (z.B. Kundschaft, Know-how).

Die Regelung der Pacht geht von einer Verweisung auf das Mietrecht aus.

- der Verpächter muss den Pachtgegenstand in vertragsgemäßigem Zustand überlassen und ihn auch erhalten.
- der Pächter muss die Pacht zahlen und den Pachtgegenstand mit Sorgfalt behandeln und ihn nach Ende der Pacht zurückgeben.

Leihe

Die Leihe ist ein Vertrag, bei dem sich der Verleiher verpflichtet, dem Entleiher den - zeitlich begrenzten - Gebrauch einer Sache unentgeltlich zu gestatten.

Gegenstand der Leihe können wie bei der Miete Sachen, aber nicht Rechte sein. Die Gebrauchsgestattung muss unentgeltlich erfolgen, d.h. der Leistung des Verleihers steht keine Leistung des Entleihers gegenüber, sodass es sich um einen einseitigen Vertrag handelt.

• Pflichten des Verleihers

- die Sache, die verliehen werden soll, muss weder in einem vertragsgemäßen Zustand sein, noch muss sie in einem solchen erhalten werden
- die Dauer der Überlassung der geliehenen Sache richtet sich nach der Zeitvereinbarung

• Pflichten des Entleihers

- der Entleiher darf nur den vertragsmäßigen Gebrauch von der Sache machen und diese regelmäßig weder unterverleihen noch vermieten
- die Rückgabe nach dem Ende der Leihe
- anders als der Mieter muss der Entleiher zum Ausgleich für die unentgeltliche Gebrauchsüberlassung die gewöhnlichen Erhaltungskosten tragen

Beispiel: B leiht sich von A für eine Spanienreise dessen PKW. Unterwegs muss B einen Ölwechsel vornehmen und die Lichtmaschine auswechseln. Hier muss B die Kosten für den Ölwechsel tragen, jedoch nicht die Kosten für die Lichtmaschine, da diese die gewöhnlichen Erhaltungskosten übersteigen, die A tragen muss.

Darlehen / Sachdarlehen

Das Darlehen ist ein Vertrag, bei dem der Darlehensgeber dem Darlehensnehmer den Darlehensgegenstand (Geld oder andere Sachen) mit der Verpflichtung zur Rückstattung überlässt.

Gegenstand des Darlehens kann also Geld oder eine Sache (Kohlen, Getreide usw.) sein. Die Vertragsparteien müssen sich darüber einig sein, dass der Darlehensgegenstand dem Darlehensnehmer übereignet wird und dieser bei Ende des Darlehens

den Darlehensgegenstand zumindest in gleicher Art, Güte und Menge dem Darlehensgeber zurückerstatten muss.

Unterschieden wird zwischen unentgeltlichen Darlehen und entgeltlichen Darlehen.

Das unentgeltliche Darlehen spielt in der Praxis keine Rolle. Das entgeltliche Darlehen hat dagegen große wirtschaftliche Bedeutung. In der Regel werden als Entgelt Zinsen vereinbart.

- **Pflichten des Darlehensgeber**

Der Darlehensgeber ist zum Verschaffen und zeitweisen Belassen des Darlehens verpflichtet

- **Pflichten des Darlehensnehmers**

Den Darlehensnehmer trifft eine Rückerstattungspflicht und für den Fall eines entgeltlichen Darlehensvertrags trifft den Darlehensnehmer zusätzlich die Zinszahlungspflicht.

4.2.3 Dienstvertrag, Werkvertrag, ähnliche Verträge

Dienstvertrag

Der Dienstvertrag ist ein gegenseitiger Vertrag, in dem sich der eine Teil zur versprochenen Leistung verpflichtet und der andere zur Gewährung der vereinbarten Vergütung verpflichtet.

- **Gegenstand**

Gegenstand des Dienstvertrages können Dienste jeder Art sein. Es ist gleichgültig, ob es sich um einmalige oder auf Dauer angelegte Tätigkeiten handelt.

Hat der Verpflichtete die Tätigkeit selbstständig und eigenverantwortlich auszuführen, so spricht man von so genannten freien Dienstverträgen.

Beispiel: Tätigkeit eines Rechtsanwalts zur Beratung eines Mandanten oder Tätigkeit einer Steuerberaters

Sind dagegen Dienste von gewisser Dauer in persönlicher und wirtschaftlicher Abhängigkeit zum Dienstberechtigten zu erbringen, so handelt es sich um einen abhängigen Dienstvertrag (und damit Arbeitsvertrag).

Beispiel: Vertrag eines Assistenzarztes mit einem Krankenhaus

- **Pflichten des Dienstverpflichteten**

Der Inhalt der Pflicht bestimmt sich zumeist aus den individuellen vertraglichen Vereinbarungen. Für den Fall, dass es sich um einen abhängigen Dienstvertrag (Arbeitsvertrag) handelt, besteht zudem zur Konkretisierung der Dienstpflicht ein Weisungsrecht.

Beispiel: Ist A als Betriebsschlosser eingestellt, dann kann ihn der Dienstberechtigte B sehr wohl anweisen, im Betrieb zu einer bestimmten Zeit Maschinen zu reparieren. Es ist dem B aber nicht gestattet, A gegen seinen Willen auf eine Baustelle als Handlanger einzusetzen.

Die Dienstleistung ist in der Regel selbst zu erbringen.

Den Dienstverpflichteten trifft zudem eine Handlungs- und Unterlassungspflicht.

Beispiel: A trifft die Pflicht, bei drohenden Schäden an den Maschinen oder am Material dies gegenüber dem Dienstberechtigten B anzuzeigen. A ist es auch nicht gestattet, andere Mitarbeiter zu veranlassen, ihre Pflichten nicht zu erfüllen.

- **Pflichten des Dienstberechtigten**

Den Dienstberechtigten trifft in erster Linie die Pflicht der Vergütung. Außer der Vergütungspflicht treffen den Dienstberechtigten zahlreiche Schutzpflichten.

- **Beendigung**

Die Beendigung des Dienstverhältnisses kann durch Kündigung, Zeitablauf oder vertragliche Aufhebung erfolgen.

Werkvertrag

Der Werkvertrag ist ebenfalls ein gegenseitiger Vertrag, in dem sich der eine Teil (Unternehmer) zur Herstellung des versprochenen Werkes und der andere Teil (Besteller) zur Entrichtung der vereinbarten Vergütung verpflichtet.

Kennzeichnend für den Werkvertrag ist zunächst die Zusage, ein bestimmtes Werk herzustellen. Es wird hier also, anders als beim Dienstvertrag, nicht nur der Arbeitseinsatz, sondern ein **bestimmter Arbeitserfolg geschuldet**, für dessen Eintritt der Unternehmer das Risiko zu tragen hat.

- **Gegenstand**

Gegenstand des Werkvertrages kann die Herstellung oder Veränderung einer Sache sein.

Beispiel: Anfertigung eines Maßanzuges, Errichtung eines Bauwerks, Reparatur einer Maschine

Als Werk kommt aber auch jeder andere durch Arbeit oder Dienstleistung herbeizuführende Erfolg in Betracht.

Beispiel: Übersetzung eines Textes. Nicht allerdings schuldet ein Arzt den Behandlungserfolg „Gesundheit“. Dies ist ihm unmöglich. Ein Arztvertrag ist daher ein Dienstvertrag.

- **Pflichten des Unternehmers**

Den Unternehmer trifft die Pflicht, das versprochene Werk mängelfrei herzustellen.

Darüber hinaus ist er verpflichtet, eine sinnvolle Durchführung des Vertrages zu ermöglichen und den Besteller vor vermeidbaren Schädigungen zu bewahren.

Beispiel: A verpflichtet sich, für B ein Werbeplakat zu entwerfen. Unmutig bricht A die Arbeit ab und verlangt von B Bezahlung der bereits aufgewendeten Arbeitszeit. A hat keinen Anspruch auf die Vergütung, weil es sich hier um einen Werkvertrag handelt und er danach den geschuldeten Erfolg nicht herbeigeführt hat. Insbesondere wird die Vergütung erst mit Abnahme des Werkes fällig. Und das Werk wird in der Regel erst nach Fertigstellung abgenommen.

- **Pflichten des Bestellers**

Der Besteller ist in erster Linie zur Entrichtung der vereinbarten Vergütung verpflichtet. Zudem ist er verpflichtet, das vertragsmäßig hergestellte Werk abzunehmen.

Beispiel: B beauftragt A, für seine neuen Räume einen Einrichtungsentwurf anzufertigen. Bezahlt werden soll nach Übergabe des Entwurfes. Zwischenzeitlich erfährt B, dass C unglaublich kreative Einrichtungsentwürfe anfertigt und bittet nun diesen, einen solchen für seine Räume zu erstellen. A, der seinen Entwurf fertig gestellt hat, besucht B und legt ihm den Entwurf vor. B weigert sich, den Entwurf abzunehmen und das Geld zu bezahlen. A hat jedoch Anspruch auf Abnahme und Vergütung des Entwurfes, da dieser so erstellt wurde, wie B es ursprünglich wollte. Den Entwurf von C muss B auch abnehmen und bezahlen.

Ähnliche Verträge

Sowohl der Werklieferungsvertrag als auch der Reisevertrag stellen ebenso gegenseitige Verträge dar, wonach eine Verpflichtung zur Leistung beide Parteien betrifft.

4.2.4 Auftrag, Geschäftsbesorgungsvertrag, Makler- und Verwahrvertrag

Auftrag

Der Auftrag ist ein Schuldvertrag, in dem sich der eine Teil (Beauftragte) verpflichtet, ein Geschäft des anderen Teils (Auftraggeber) unentgeltlich für diesen zu besorgen.

Beispiel: A bittet den Pförtner B, eine für ihn wichtige und wertvolle Lieferung von Unterlagen an D vorzunehmen. B sagt dem A zu, dies umgehend zu erledigen und die Lieferung bestätigen zu lassen. Durch die verbindliche Zusage des B ist ein Auftrag zwischen B und A zu Stande gekommen.

Geschäftsbesorgungsvertrag

Der Geschäftsbesorgungsvertrag ist ein Dienst- oder Werkvertrag, der eine Geschäftsbesorgung zum Inhalt hat. Geschäftsbesorgung ist eine selbstständige Tätigkeit wirtschaftlicher Art in fremdem Interesse.

Beispiel: A bittet den Rechtsanwalt B, für ihn einen Schadensersatzprozess gegen D durchzuführen. Hier liegt eine Beauftragung zur Geschäftsbesorgung vor.

Maklervertrag

Im Maklervertrag verpflichtet sich der Auftraggeber, dem Makler die vereinbarte Vergütung zu bezahlen, wenn der Auftraggeber durch Nachweis oder Vermittlung des Maklers zum angestrebten Erfolg gelangt.

Beispiel: A beauftragt den Makler B, für ihn eine Dreizimmerwohnung in Leipzig zu vermitteln. Nachdem er längere Zeit nichts hört, bemüht er sich selbst um eine Wohnung in Leipzig. Er mietet die Wohnung an und zieht ein. Noch vor seinem Einzug meldet sich der Makler bei ihm und bietet ihm eine Wohnung an. A teilt ihm mit, dass sich sein Begehren erledigt habe. B verlangt jedoch für seine Tätigkeit entsprechende Vergütung. Dies lehnt A ab. A ist nicht verpflichtet, den Maklerlohn zu bezahlen, da die Vermittlung nicht zum Vertragsschluss geführt hat.

Verwahrungsvertrag

Die Verwahrung ist ein Vertrag, in dem sich der Verwahrer verpflichtet, eine ihm von dem Hinterleger übergebene bewegliche Sache aufzubewahren. Gekennzeichnet ist der Verwahrungsvertrag durch das Interesse des Hinterlegers an der sicheren Aufbewahrung. Die Verwahrung kann sowohl entgeltlich als auch unentgeltlich vereinbart werden.

Beispiel: A und B möchten sich die „Zauberflöte“ an der Deutschen Oper ansehen. Da sie ihre Pelzmäntel nicht mit in den Konzertsaal mitnehmen möchten, geben sie diese an der Garderobe ab. A und B haben mit dem Betreiber der Oper, vertreten durch das Personal an der Garderobe, einen Verwahrungsvertrag abgeschlossen, da sie die sichere Hinterlegung ihrer Pelzmäntel wünschen.

4.2.5 Sonstige vertragliche Schuldverhältnisse

Zu den sonstigen Schuldverhältnissen zählen die Bürgschaft, der Vergleich, das Schuldanerkennen und das Schuldversprechen, das Spiel und die Wette, sowie die Geschäftsbesorgung ohne Auftrag.

Exemplarisch wird nachfolgend die Bürgschaft vorgestellt.

Bürgschaft

Die Bürgschaft ist ein Schuldvertrag, in dem sich der Bürge gegenüber dem Gläubiger eines Dritten verpflichtet, für die Erfüllung einer Verbindlichkeit des Dritten einzustehen. Vertragspartner sind Bürge und Gläubiger, nicht aber der Dritte. Der Bürge verpflichtet sich also, als Nebenschuldner für eine fremde Schuld (des Hauptschuldners) einzustehen.

Die Inanspruchnahme des Bürgen durch den Gläubiger setzt einen gültigen **Bürgschaftsvertrag und das Bestehen einer fälligen Hauptforderung voraus**.

Der Bürgschaftsvertrag bedarf insbesondere der Schriftform, um den Bürgen vor Übereilung zu schützen. Sie ist jedoch nicht bei Handelsgeschäften formbedürftig.

Die Bürgschaft ist weiterhin von dem Bestand der Hauptforderung abhängig.

Beispiel: K übernimmt für B eine Bürgschaft über eine fällige Forderung des A. Dies erklärt er auch gegenüber dem A schriftlich in einer Bürgschaftserklärung. Nachdem B wieder einmal zu Geld gekommen ist, begleicht er seine Schulden bei A. Gleichzeitig verlangt A von K, dass dieser die Schulden von B nun begleichen möchte. Darauf hat A jedoch keinen Anspruch mehr, da die Hauptforderung erloschen ist. K ist demnach von seinem Bürgschaftsversprechen frei.

- **Gegenrechte des Bürgen zum Gläubiger**

Der Bürge hat gegenüber dem Gläubiger so genannte Gegenrechte. Dies sind: allgemeine Einwendungen und Einreden sowie Einrede der Vorausklage

Beispiel: K hat für B eine Bürgschaft in Höhe von 3000,- € vorgenommen und dies gegenüber dem Gläubiger A schriftlich erklärt. Da A nicht mehr bereit ist, länger zu warten, verlangt er von K die Zahlung der 3000,- €. K kann den A zunächst darauf verweisen, dass er gegen B erst im Wege der Zwangsvollstreckung die 3000,- € geltend machen muss. Für den Fall, dass dieses fruchtlos bleibt, kann sich A an K wenden, um seine Forderung durchzusetzen.

- **Gegenrechte des Bürgen aus dem Verhältnis des Schuldners zum Gläubiger**

Die Einreden des Schuldners kann auch der Bürge gegenüber dem Gläubiger geltend machen.

Beispiel: Der Bürge A beruft sich auf die dem Schuldner B zustehenden Einrede der Verjährung der Hauptschuld.

- **Ansprüche des Bürgen gegen den Schuldner**

Soweit der Bürge den Gläubiger befriedigt hat, geht die Forderung des Gläubigers gegen den Schuldner auf ihn über. Der Bürge trägt nur das Erfüllungsrisiko.

Beispiel: Bürge B zahlt die Schulden des S an den Gläubiger G. Er kann sich nun seinerseits an S wenden und Begleichung der Schulden fordern. Rechtstechnisch ist die Forderung des G auf ihn übergegangen (Legalzession).

4.2.6 Ungerechtfertigte Bereicherung

Bei der ungerechtfertigten Bereicherung geht es nicht wie beim Schadensersatz darum, die Einbuße, die der Betroffene an seinen Gütern erlitt, auszugleichen. Vielmehr soll die Vermögensmehrung beim Bereicherten zu Gunsten des Entreicherten wieder beseitigt bzw. abgeschöpft werden.

Geregelt ist dies in den §§ 812 ff. BGB. Danach wird unterschieden nach Bereicherung durch die Leistung eines anderen (Leistungskondiktion) und Bereicherung in sonstiger Weise (Eingriffskondiktion).

Bei der **Leistungskondiktion** geht es darum, eine Leistung ohne gültiges Kausalgeschäft (z.B. Kaufvertrag) oder eine Leistung, die sonst fehlgeschlagenen ist, wieder rückgängig zu machen.

Beispiel: V hat dem K ein Bild verkauft und übereignet. Da V erst später erfuh, dass es sich bei dem Bild um ein Original gehandelt hat, ficht V den Kaufvertrag an, sodass der Vertrag nichtig wird. V verlangt von K das Bild zurück. Zwar ist K Eigentümer des Bildes geworden. Es ist aber nicht gerechtfertigt, dass K das Bild behalten darf. Hier hilft die Leistungskondiktion. Da K durch die Leistung des V Eigentum und Besitz am Bild ohne rechtlichen Grund (der Kaufvertrag ist nichtig) erlangt hat, ist er dem V zur Herausgabe verpflichtet. K muss also dem V das Bild zurückübereignen und zurückgeben.

Unter Bereicherung in **sonstiger Weise** fallen verschiedene Fälle. Sie haben alle gemeinsam, dass die Bereicherung nicht auf einer Leistung beruht.

Beispiel: Das Vieh des B dringt in die Weide des A ein und grast sie ab. Die Bereicherung des B besteht darin, dass er Fütterungskosten gespart hat. Da das Vieh des B in die Weide eingedrungen ist, liegt eine Bereicherung in sonstiger Weise vor. Das gilt auch dann, wenn ein Dritter oder B selbst das Vieh auf die Weide des A gelassen hat, da es hier ebenfalls an einer Leistung des A fehlt.

4.2.7 Unerlaubte Handlung

Schuldrechtliche Beziehungen ergeben sich nicht nur aus Rechtsgeschäften. Wäre es so, dann könnten Ansprüche aus Verletzungen anlässlich eines Verkehrsunfalls, aus Diebstählen, Betrügereien oder kreditschädigendem Verhalten nicht verfolgt werden.

Das BGB nimmt jedoch nicht an, dass jeder Eingriff in einen fremden Rechtsbereich eine Schadensersatzpflicht auslöst, sondern es geht von bestimmten geregelten Tatbeständen aus.

Haftung für eigene Unrechtshandlung

§ 823 Abs. 1 BGB schützt einzelne Rechtsgüter, wie Leben, Körper, Gesundheit, Freiheit, das Eigentum und sonstige Rechte (Namensrecht, Urheberrecht, Patentrecht). Hinzu kommen noch das Recht zum Besitz, das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb.

Beispiel: K schlägt den A nach einem Streit mit einer Latte auf den Kopf, sodass A eine schwere Gehirnerschütterung erleidet und Prellungen am Kopf hat. Hier liegt eine Verletzung der Gesundheit vor.

Wie ist die Rechtslage?

- Es muss eine Verletzungshandlung vorliegen:

Beispiel: Durch den Schlag auf den Kopf hat K den A verletzt. Die Handlung liegt in dem Ausholen und Schlagen auf den Kopf.

- Zwischen Handlung und der eingetretenen Wirkung muss ein ursächlicher Zusammenhang bestehen:

Beispiel: Der Schlag auf den Kopf war ursächlich für die Verletzungen des A.

- Das Verhalten des Schädigers muss widerrechtlich sein:

Beispiel: Ein widerrechtliches Schädigen liegt immer dann vor, wenn keine Rechtfertigungsgründe wie Notwehr (Angriff des A) oder Notstand vorgelegen haben. Da K den A nach einem verbalen Streit geschlagen hat, war der Schlag auch widerrechtlich.

- Der Schädiger muss zudem schuldhaft gehandelt haben:

Beispiel: K hat hier auch schuldhaft gehandelt, weil er den A verletzen wollte. Dies würde jedoch auch gelten, wenn K den A geschlagen hätte, weil er unachtsam war (Fahrlässigkeit).

- Abschließend muss der Schaden durch die Handlung entstanden sein:

Beispiel: Der Gesundheitsschaden, den A erlitten hat, ist durch die Handlung des V eingetreten. Vorliegend müsste K an A Schadensersatz zahlen, da er diesen an seiner Gesundheit beschädigt hat.

§ 823 Abs. 2 BGB dehnt die Schadensersatzpflicht auf die Verletzung von Schutzgesetzen aus. Dabei handelt es sich um Gesetze, die zum Schutz bestimmter Personen bzw. eines bestimmten Personenkreises erlassen worden sind.

Beispiel: A erpresst den B. Hier kann B über die Schutzgesetzverletzung der Erpressung (Strafrecht) Schadensersatz erlangen, wenn ihm ein Schaden entstanden ist.

Schadensersatzpflicht besteht auch, wenn jemand einen anderen sittenwidrig vorsätzlich schädigt.

Beispiel: K ist verpflichtet, seiner geschiedenen und erwerbslosen Ehefrau E Unterhalt zu zahlen. Als diese eine ausreichend bezahlte Arbeit annimmt, verschweigt sie dies und kassiert weiterhin Unterhalt. Es ist sittenwidrig, dem Unterhaltspflichtigen gegenüber derartige Veränderungen der eigenen Vermögenslage zu verschweigen, da sich dessen Unterhaltspflicht nach der Bedürftigkeit der Unterhaltsberechtigten richtet. K kann von E Rückzahlung des zuviel gezahlten Unterhalts fordern.

Haftung für fremde Unrechtshandlungen und für Sachen

Gem. § 831 BGB haftet der Geschäftsherr für seinen Verrichtungsgehilfen.

Beispiel: Elektrikermeister E soll im Haus des H eine Reparatur ausführen. Da er keine Zeit hat, schickt er den Gehilfen G. Dieser macht sich an die Arbeit. Da ihn die hübsche Tochter des H ablenkt, lässt er eine Zange fallen, die den Fuß des H trifft und ihn verletzt. E muss für den Schaden des H aufkommen, da dieser bei der Erledigung der Tätigkeit entstanden ist. Er kann allerdings eine Haftungserfreuung erreichen (Exculpation), wenn er nachweist, dass er G ordnungsgemäß ausgewählt hat. Freilich beseitigt das allein noch keine Haftung aus Vertragsrecht.

Haftung des Aufsichtspflichtigen entsprechend § 832 BGB

Beispiel: B ist als Babysitterin bei A angestellt. Sie kümmert sich regelmäßig um die fünfjährige Tochter der A. Als B noch schnell etwas erledigen will, verlässt sie für einige Minuten die Wohnung. Das Kind spielt indes im Bad und untersucht den Wasserhahn. Dabei lässt es versehentlich den Stöpsel in den Ausfluss rutschen, sodass es zu einer Überschwemmung kommt und in der darunter liegenden Wohnung ein erheblicher Schaden entsteht. Grundsätzlich haften nur diejenigen, die gesetzlich zur Aufsicht verpflichtet sind (Eltern). Hier könnte die B haften, da sie vertraglich die Aufsichtspflicht übernommen hat. Es ist allerdings fraglich, ob das kurzzeitige Verlassen der Wohnung einen Verstoß gegen die Aufsichtspflicht darstellt.

Haftung für den von Tieren (Luxustiere) angerichteten Schaden, § 833 BGB:

Beispiel: Fällt die Dogge (Luxustier, da es nicht dem Berufe dient) des Fabrikanten P einen Passanten an, so haftet P auf Schadensersatz.

Gebäudebesitzer und ihm Gleichgestellte haften nach den §§ 836 ff. BGB für denjenigen Schaden, den der Einsturz des Gebäudes oder sich ablösende Teile des Bauwerkes an Personen oder Sachen verursachen.

Beispiel: Ein Fensterladen aus Holz löst sich wegen mangelhafter Unterhaltung und fällt dem A auf den Kopf. Hier haftet der Besitzer für den entstandenen Schaden.

Haftung für den eigenen, gefährlichen Betrieb

Hier geht es um Haftungen für Schäden, die beim Betrieb der Eisenbahn, von Kraftfahrzeugen oder eines Reaktors entstehen können.

Aufgabe 1

Unter welchen Voraussetzungen kommt ein vertragliches gegenseitiges Schuldverhältnis zu Stande?

Aufgabe 2

K hat eine Verkaufseinrichtung für Computerzubehör am Rande der Stadt. Da die Geschäfte nicht so gut laufen, will er eine Annonce im Stadtanzeiger aufgeben, wonach er alle vorrätigen Gegenstände in seinem Laden um 50 % reduziert zum Kauf anbieten will. Auf dem Weg zur Redaktion des Stadtanzeigers trifft er V, der von dem besonders günstigen Angebot hört und sofort alle Gegenstände aufkauft, in der Hoffnung, diese zu einem besseren Preis verkaufen zu können. V und K schließen sodann einen Vertrag ab. Während der Vertragsverhandlungen bricht X bei K ein und stiehlt sämtliche Gegenstände aus den Räumen des K.

Welche Art von Leistungsstörung liegt hier vor, wenn K dem V die verkauften Gegenstände nicht mehr übereignen kann?

Aufgabe 3

Welche Pflichten ergeben sich aus dem Dienstvertrag für den Dienstverpflichteten und Dienstberechtigten?

Aufgaben

Lernbereich**5 Zivilprozess****5.1 Grundlagen**

Der Zivilprozess hat die zwei Aufgaben:

Feststellung des Rechts und Durchsetzung des Rechts.

Beides ist in der Zivilprozessordnung geregelt.

Das Zivilprozessrecht ist Teil des öffentlichen Rechts. Es regelt nicht die Beziehungen zwischen Gleichgestellten, sondern zwischen dem Gericht und den streitenden Parteien.

Das Zivilprozessrecht baut auf einer Reihe von Grundsätzen und so genannten Prozessmaximen auf.

Prozessmaxime behandeln die Aufgabenverteilung zwischen dem Gericht und den Parteien, betreffen aber auch das Beweisrecht und die Beweiswürdigung, sowie die Verfahrensgestaltung unter dem Aspekt der Verfahrensdauer.

- **Dispositionsmaxime** - betrifft die Einleitung des Zivilprozesses und bestimmt, **wer** den Prozess einleitet, beendet, den Umfang (Mahnbescheid, Klageerhebung) bestimmt. Sie ist das prozessuale Gegenstück zur Privatautonomie.

Beispiel: Das Amtsgericht erhält einen anonymen Brief mit dem Inhalt, der Schauspieler A, der bei der Witwe W zur Untermiete wohnt, zahle seit Monaten seine Miete nicht. Das Gericht wird nichts unternehmen, bevor die Witwe W ihre Ansprüche gegen A nicht geltend machen will, z.B. durch Klageerhebung.

- **Verhandlungsmaxime** - betrifft die Beibringung von Tatsachen und den Beweis der Tatsachen durch die Parteien.

Beispiel: Der Kläger behauptet, er habe dem Beklagten die Klagesumme als Darlehen gewährt. Der Beklagte bestreitet dies. Hier muss der Kläger die behauptete Tatsache unter Beweis stellen, z.B. durch Darlehensvertrag oder Zeugen.

- **Mündlichkeitsgrundsatz** - dient der Feststellung dessen, was das Gericht seiner Entscheidung zu Grunde legen soll. Ausnahmen sind möglich.
- **Weitere Grundsätze** sind der Grundsatz der Unmittelbarkeit („vor dem erkennenden Gericht“), der Grundsatz des öffentlichen Verfahrens und das Recht auf rechtliches Gehör.

5.2 Zivilgerichtsverfassung

Der Zivilprozess ist Teil der staatlichen Gerichtsbarkeit oder Gerichtshoheit. Diese umfasst Verfassungs-, Zivil-, Straf- und Verwaltungsgerichtsbarkeit. Innerhalb der ordentlichen Zivilgerichtsbarkeit unterscheidet man die streitige und die freiwillige Gerichtsbarkeit.

Die ordentliche streitige Gerichtsbarkeit wird durch die Amtsgerichte, Landgerichte, Oberlandesgerichte und durch den Bundesgerichtshof ausgeübt.

Die Zuständigkeiten der jeweiligen Gerichte sind durch spezielle Zuständigkeitsregelungen ausgeformt worden, Gerichtsverfassungsgesetz, Zivilprozessordnung.

Die **sachliche Zuständigkeit** regelt die Frage, vor welches Gericht erster Instanz eine Sache kommt. Dabei ist grundsätzlich vom Streitwert auszugehen. Bei Streitigkeiten nicht über 5000,- € sind grundsätzlich die Amtsgerichte, bei höheren Streitwerten die Landgerichte zuständig. Davon gibt es jedoch auch Ausnahmen, unabhängig vom Streitwert werden z.B. Wohnraummietsachen und Ehesachen vor dem Amtsgericht verhandelt.

Die **örtliche Zuständigkeit** befasst sich mit der Zuweisung einer Sache an ein Gericht innerhalb des Gerichtsbezirks im Rahmen der sachlichen Zuständigkeit. Dabei wird unterschieden zwischen dem allgemeinen Gerichtsstand, der sich nach dem Wohnsitz des Beklagten richtet, und dem besonderen Gerichtsstand, der sich z.B. nach dem Aufenthalt einer Person oder der Niederlassung einer Firma richtet.

Die Organe der Zivilrechtspflege sind:

- **der Richter** - Die rechtsprechende Gewalt ist gem. Art. 92 GG (Grundgesetz) den Richtern übertragen.
- **der Rechtspfleger** - Die Haupttätigkeit der Rechtspfleger liegt im Bereich des Mahnverfahrens, der Zwangsvollstreckung und in der so genannten freiwilligen Gerichtsbarkeit, wie z.B. dem Betreuungswesen.
- **der Urkundenbeamte der Geschäftsstelle** - Nach § 153 GVG (Gerichtsverfassungsgesetz) hat jedes Gericht eine Geschäftsstelle mit der erforderlichen Zahl von Urkundenbeamten einzurichten. Diese verwalten die Prozessakten, führen in den Sitzungen des Gerichts Protokoll und veranlassen Zustellungen und Ladungen.
- **der Gerichtsvollzieher** - Er ist eine Amtsperson und verpflichtet, die Aufträge der Gläubiger auszuführen, wobei er sich an die Geschäftsanweisung für Gerichtsvollzieher zu halten hat.
- **der Rechtsanwalt** – Er ist kein Beamter, sondern unabhängiges Organ der Rechtspflege. Als Organ der Rechtspflege trifft ihn die Wahrheitspflicht im Prozess. Er ist Parteivertreter und vornehmlicher Berater in allen Rechtsangelegenheiten. Nur er alleine hat dementsprechend eine umfassende Rechtsberatungsbefugnis.

5.3 Parteilehre

Jeder Zivilprozess setzt Kläger und Beklagte, also zwei sich streitende Parteien voraus. Dies können auf beiden Seiten auch mehrere Personen sein.

Parteien im Zivilprozess sind diejenigen, von denen und gegen die Rechtsschutz im zivilrechtlichen Verfahren begehrt wird.

Erforderlich ist jedoch immer, dass die Parteien „parteifähig“, d.h. prozessual rechtsfähig und prozessual geschäftsfähig sind.

Weiterhin müssen die Parteien die Fähigkeit besitzen, vor einem bestimmten Gericht selbst auftreten zu können. Dies bedeutet, dass sie schriftliche oder mündliche Prozesshandlungen vornehmen können.

Für alle Verfahren vor dem Amtsgericht gilt, dass die Parteien den Prozess selbst führen können, ohne dass sie sich eines anwaltlichen Beistandes bedienen müssen.

Ein Anwaltszwang besteht grundsätzlich nur bei Landgerichten, in Familienstreitsachen vor dem Amtsgericht und Landgericht und weiteren besonderen Streitigkeiten gemäß § 78 der Zivilprozessordnung (ZPO).

5.4 Klage

Die Klage leitet den Prozess ein. Deshalb enthält die Zivilprozessordnung genaue Vorschriften über die Form der Klageschrift und das Verfahren.

Die Klage richtet sich mit der Bitte um Rechtsschutz zunächst an das Gericht, dessen Entscheidung begehrt wird, sodann aber auch an den Beklagten, dem sie zugestellt werden muss. Da der beklagten Partei rechtliches Gehör zu gewähren ist, muss sie verbindlich erfahren, um was der Streit gehen soll.

Die Klageschrift muss deshalb Angaben über das Gericht enthalten. Außerdem muss sie Kläger und Beklagte bezeichnen und schließlich den Streitgegenstand benennen.

Die Klageerhebung erfolgt in den zwei Schritten:

- Einreichung der Klageschrift und
- Zustellung an den Beklagten oder dessen Vertreter (Anwalt).

Zwischen der Einreichung der Klage und der Zustellung muss sich das Gericht zwischen einer mündlichen Verhandlung, § 275 ZPO, oder einem schriftlichen Vorverfahren, § 276 ZPO, entscheiden.

Zwischen Zustellung der Klageschrift und Termin müssen mindestens zwei Wochen liegen, § 274 Abs. 3 Satz 1 ZPO, die so genannte Einlassungsfrist. Die Ladung zum Termin der Verhandlung wird dem Beklagten zusammen mit der Klageschrift zugestellt.

Wenn sich das Gericht für das schriftliche Vorverfahren entscheidet, wird die Klageschrift ohne Ladung zugestellt. Eine Terminbestimmung erfolgt dann später.

5.5 Entwicklung des Verfahrens

Man unterscheidet zunächst zwischen sachlicher Fortentwicklung und äußerem Fortgang des Prozesses.

Die **sachliche Entwicklung** bedeutet, dass der Prozess durch Vervollständigung der Tatsachenbehauptungen, durch Beweisantritte und Beweiserhebungen so vorangebracht wird, dass die Sache entscheidungsreif wird.

Der **äußere Fortgang** des Verfahrens ist durch die Prozessleitung des Gerichts bestimmt, wie:

- Bestimmung der Termine zur mündlichen Verhandlung, zur Beweisaufnahme und zur Verkündung der Entscheidung,
- Setzung von Fristen,
- Wiedereinsetzungen in den vorigen Stand bei Versäumung von Prozesshandlungen,
- Vorbereitung und Durchführung der mündlichen Verhandlung,
- Anordnungen des Gerichts, wie Aussetzung des Verfahrens, Ruhen oder Unterbrechung des Verfahrens.

5.6 Besonderheiten

Die Zivilprozessordnung kennt zwei wichtige Besonderheiten: das Versäumnisverfahren und die Entscheidung ohne mündliche Vorverhandlung.

- **Versäumnisverfahren**

Ein Versäumnisverfahren kann dann zu Stande kommen, wenn nur eine Partei zur Verhandlung erscheint, die andere Partei aber nicht, obwohl sie geladen worden ist.

Für die Durchführung eines solchen Verfahrens müssen mindestens folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

- Es muss ein Termin zur Verhandlung anberaumt worden sein.
- Die Parteien müssen ordnungsgemäß geladen worden sein.
- Es muss weiterhin ein Fall von Säumnis vorliegen, d.h. eine Partei erscheint und verhandelt, die andere erscheint und verhandelt nicht.
- Das Gericht muss ein Versäumnisurteil erlassen oder die Klage als unbegründet abweisen können(Bei Abwesenheit des Beklagten).

Beispiel: K klagt gegen B auf Zahlung von 3000,- €. In der Klageschrift trägt er vor, er habe dem B in dieser Höhe vor drei Jahren ein Darlehen gewährt. K trägt auch alle Tatsachen vor, aus denen sich die Fälligkeit der Rückzahlung ergibt. Die Klageschrift wird dem Beklagten zugestellt. Das Verfahren wird zunächst in einem schriftlichen Vorverfahren durchgeführt. B beantragt schriftlich, die Klage abzuweisen und trägt hierzu alle Tatsachen vor, die eine Klageabweisung begründen. Ein Termin zur mündlichen Verhandlung wird sodann durch das Gericht festgesetzt. Zur mündlichen Verhandlung wurden beide Parteien ordnungsgemäß geladen. Der Kläger erscheint persönlich, vertreten durch seinen Rechtsanwalt, für den Beklagten erscheint niemand. Der Kläger stellt Antrag auf Versäumnisurteil. Diesem Antrag ist hier stattzugeben, da die Klage ausreichend begründet war und der Beklagte die Möglichkeit hatte sich zu äußern. Das Versäumnisurteil ergeht, da für den Beklagten niemand erschienen war. Das Vorbringen des Klägers gilt im Rahmen einer Fiktion durch den Beklagten als zugestanden. Hiergegen kann der Beklagte innerhalb von 2 Wochen nach Zugang des Versäumnisurteils Einspruch einlegen.

- **Entscheidung ohne mündliche Verhandlung**

Obwohl der Mündlichkeitsgrundsatz einer der tragenden Grundsätze des Zivilprozesses ist, kennt die ZPO das Verfahren ohne mündliche Verhandlung. Dieses Verfahren ist möglich insbesondere bei Einverständnis der Parteien.

5.7 Rechtsmittel

Die Zivilprozessordnung ist die einzige Verfahrensordnung, die keine Rechtsmittelbelehrung im engeren Sinne vorschreibt. Man erfährt daher aus dem Urteil nicht, mit welchem Rechtsmittel bei welchem Gericht in welcher Frist das Urteil angefochten werden kann.

Unterschieden wird zunächst in unanfechtbare Urteile und anfechtbare Urteile des Amtsgerichtes.

- **Unanfechtbare Urteile**

Urteile in vermögensrechtlichen Streitigkeiten können nicht mit einem Rechtsmittel angefochten werden, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes (Beschwer) 600,- € nicht übersteigt oder die Berufung im Urteil zugelassen worden ist. Die Beschwer ist der Wert oder der Betrag, mit dem der, der Rechtsmittel einlegen möchte, im Urteil unterlegen ist.

Rechtsmittel sind zudem unzulässig, wenn die Parteien auf Rechtsmitteleinlegung im Verfahren, speziell in einem Vergleich, verzichtet haben.

- **Anfechtbare Urteile der Amtsgerichte**

Soweit ein Urteil des Amtsgerichts anfechtbar ist, ist das richtige Rechtsmittel die **Berufung**. Die Berufung kann nur durch einen Rechtsanwalt eingelegt werden. Frist zur Einlegung der Berufung ist ein Monat ab Zustellung des in vollständiger Form gefassten Urteils. Die Berufung muss bei dem zuständigen Landgericht eingelegt werden und innerhalb der Frist dort eingegangen sein. Die Berufung muss zudem begründet sein. Ist dies nicht schon mit Einlegung der Berufung erfolgt, muss dies innerhalb von zwei Monaten nach Zustellung des Urteils erfolgen. Diese Frist kann jedoch auf Antrag auch verlängert werden.

Ist die Hauptsache durch eine auf Grund eines Anerkenntnisses ausgesprochene Verurteilung erledigt, so findet gegen die Kostenentscheidung die **sofortige Beschwerde** statt. Dies gilt nicht, wenn der Streitwert der Hauptsache 600,- € nicht übersteigt.. Es besteht kein Anwaltszwang, wenn das Amtsgericht den Kostenbeschluss erlassen hat. Die Frist beträgt hier zwei Wochen ab Zustellung des Beschlusses und ist wahlweise beim Amtsgericht oder beim entsprechenden Landgericht einzulegen.

- **Anfechtbare Urteile des Landgerichtes**

Gegen ein Berufungsurteil des Landgerichts ist die **Revision** zulässig. Die Revision findet nur statt, wenn sie das Berufungsgericht in dem Urteil oder das Revisionsgericht auf Beschwerde gegen die Nichtzulassung zugelassen hat. Die Frist zur Einlegung der Revision beträgt einen Monat und beginnt mit Zustellung des vollständig verfassten Urteils, spätestens mit dem Ablauf von fünf Monaten nach der Verkündung. Die Revisionsschrift wird beim zuständigen Revisionsgericht eingelegt. Sie ist der Gegenpartei zuzustellen und muss hinreichend begründet sein.

Gegen die im ersten Rechtszug erlassenen Endurteile der Landgerichte kann unter bestimmten Voraussetzungen unter Übergehung der Berufungsinstanz unmittelbar Revision eingelegt werden, die so genannte **Sprungrevision**.

5.8 Zwangsvollstreckungsrecht

Notwendigkeit der Zwangsvollstreckung

Ein rechtskräftig festgestellter Anspruch bedeutet noch nicht die Erfüllung. Nicht selten ignoriert der Schuldner das Urteil, weil er es für falsch hält, den Gläubiger ärgern will oder einfach nicht erfüllen kann.

Da die Vollstreckung eines Urteils im Wege der Selbsthilfe verboten ist, muss der Staat Mittel bereitstellen, um die zwangsweise Durchsetzung des rechtmäßig festgestellten Anspruchs zu ermöglichen. Dies erfolgt durch die Zwangsvollstreckung.

Gesetzlichkeit der Zwangsvollstreckung

Die Zwangsvollstreckung kann ausschließlich aus Vollstreckungsbescheiden oder vollstreckbaren Urteilen heraus betrieben werden. Sie erfolgt nie von Amts wegen, sondern immer im Auftrag des Gläubigers.

Je nach Art der Zwangsvollstreckung ist das Vollstreckungsorgan verschieden. Die Pfändung ins bewegliche Vermögen obliegt dem Gerichtsvollzieher, im Übrigen ist das Amtsgericht Vollstreckungsgericht, in dessen Bezirk die Vollstreckungsmaßnahme stattfinden soll.

Voraussetzung jeder Zwangsvollstreckung ist das Vorliegen eines Titels, der mit der Vollstreckungsklausel versehen und zugestellt worden ist.

Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen

Die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen kann ins bewegliche Vermögen, in Forderungen und andere Vermögensrechte erfolgen.

Beispiel: Der Malergeselle G (Schuldner) schuldet A (Gläubiger) 500,- €. A kann den Anspruch des G gegen seinen Meister M (Drittschuldner) auf Zahlung von Arbeitslohn pfänden lassen.

Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen

Eine Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen, wie Grundstücke oder Erbbaurechte, erfolgt meist durch Zwangsversteigerung, Zwangsverwaltung und Eintragung einer Sicherungshypothek.

Zwangsvollstreckung wegen anderer Ansprüche

Weiterhin kennt die ZPO die Zwangsvollstreckung wegen anderer Ansprüche, wie die Herausgabe von Sachen, Vornahme von Handlungen oder das Unterlassen bestimmten Verhaltens.

Beispiel: A soll einen Baum entfernen, der an der Grenze steht. Tut er es nicht, kann der Gläubiger beantragen, dass er ermächtigt wird, die Handlung selbst auf Kosten des A vornehmen zu lassen.

Offenbarungspflicht des Schuldners

Hat der Gläubiger mit den bisherigen Zwangsvollstreckungsmaßnahmen keinen oder nur teilweise Erfolg, so kann er vom Schuldner verlangen, dass dieser ein Vermö-

gensverzeichnis ausfüllt und die Richtigkeit an Eides statt versichert (ehemals Offenbarungseid) oder im Falle des Ausbleibens zum Termin der Abgabe der eidesstattlichen Versicherung einen Haftbefehl beantragen. Der Schuldner kann dann auf Antrag des Gläubigers bei Gericht vorgeführt werden, um seiner Offenbarungspflicht nachzukommen. Gibt er die Versicherung nicht ab, so kann er bis zu 6 Monate in Haft genommen werden.

Rechtsmittel gegen die Zwangsvollstreckung

Gegen ein den gesetzlichen Vorschriften widersprechendes Verhalten der Vollstreckungsorgane hat der Betroffene das Recht der Einwendung. Erweist sich die Einwendung als berechtigt, so kann der Schuldner Vollstreckungsabwehrklage erheben.

Beispiel: Der Gläubiger hat dem Schuldner die Zahlung der Forderung gestundet, trotzdem schickt er vorzeitig den Gerichtsvollzieher zum Schuldner, um die Erfüllung der Forderung zu erwirken. Hier kann der Schuldner Vollstreckungsabwehrklage erheben, da die Forderung gestundet wurde.

Greift eine Pfändung in bestimmte fremde Rechte ein, so hat der betroffene Dritte die Möglichkeit, Drittwiderspruchsklage zu erheben.

Beispiel: Der Gerichtsvollzieher pfändet bei dem Schuldner ein Radio, welches unter Eigentumsvorbehalt auf Raten gekauft wurde, ohne dass voll bezahlt wurde. Hier hat der Betroffene Dritte (Händler, dem noch die Ratenzahlungen ausstehen) die Möglichkeit, Drittwiderspruchsklage zu erheben.

Als weitere Möglichkeiten, die Vollstreckung abzuwehren, bietet die ZPO beispielsweise Schutz über die Generalklausel des § 765a Abs. 1 Satz 1 ZPO (Vollstreckungsschutz): Auf Antrag des Schuldners kann das Vollstreckungsgericht eine Maßnahme der Zwangsvollstreckung ganz oder teilweise aufheben, untersagen oder einstweilen einstellen, wenn die Maßnahme unter voller Würdigung des Schutzbedürfnisses des Gläubigers wegen ganz besonderer Umstände eine Härte bedeutet, die mit den guten Sitten nicht vereinbar ist.

Beispiel: Gegen den Schuldner liegt ein Räumungstitel vor. Der Schuldner kann am 01.06. umziehen. Am 15.05. kommt der Gerichtsvollzieher, um zu räumen. Der Schuldner müsste innerhalb von zwei Wochen zweimal umziehen. Hier wird ein Aufschub zu gewähren sein.

Sofern Ratenzahlung möglich ist, räumt die ZPO der gütlichen Einigung Vorrang ein: § 806b ZPO (Gütliche und zügige Erledigung): Der Gerichtsvollzieher soll in jeder Lage des Zwangsvollstreckungsverfahrens auf eine gütliche und zügige Erledigung hinwirken. Findet er pfändbare Gegenstände nicht vor, versichert der Schuldner aber glaubhaft, die Schuld kurzfristig in Teilbeträgen zu tilgen, so zieht der Gerichtsvollzieher die Teilbeträge ein, wenn der Gläubiger hiermit einverstanden ist. Die Tilgung soll in der Regel innerhalb von sechs Monaten erfolgt sein.

Aufgabe 1

Wonach richtet sich die sachliche wie auch örtliche Zuständigkeit des Gerichts?

Aufgabe 2

Welche Aufgabe hat das Gericht zu erfüllen, um den äußeren Fortgang des Verfahrens zu fördern?

Aufgabe 3

Unter welchen Voraussetzungen kann eine Vollstreckung ausgesetzt werden?

Die Firma A, eine Datenverarbeitungsgesellschaft, benötigt eine größere Anzahl von Monitoren, da ihre alten Monitore nicht mehr den arbeitsschutztechnischen Anforderungen entsprechen. Sie beauftragt Ihren Vertreter V, Angebote einzuholen. Dieser setzt sich mit mehreren Firmen in Verbindung, u.a. auch mit der Firma B. In mehreren telefonischen Verhandlungen stand zunächst die Lieferung von 20 Monitoren zur Debatte. Der hierfür angebotene Stückpreis erschien V äußerst günstig. Er besprach daher die Angelegenheit mit dem Inhaber der Firma A und rief sodann bei B an und bestellte 30 Monitore. Der Geschäftsführer G der Firma B nahm die Bestellung entgegen und antwortete, es gehe alles in Ordnung. B lieferte jedoch nur 20 Monitore. A verlangt Lieferung von 30 Monitoren. B macht geltend, der Geschäftsführer habe 20 Monitore verstanden.

Muss B weitere 10 Monitore liefern?

Bearbeitungshinweis:

§ 433 Abs. 1 Satz 1 BGB (Bürgerliches Gesetzbuch)

„Durch den Kaufvertrag wird der Verkäufer einer Sache verpflichtet, dem Käufer die Sache zu übergeben und das Eigentum an der Sache zu verschaffen.“

Beachten Sie weiter, dass sich A und B (bzw. ihre Vertreter) über die wesentlichen Inhalte des Kaufvertrages geeinigt haben müssen. Bei einer telefonischen Bestellung kommt es darauf an, ob der Empfänger die Bestellung akustisch richtig verstanden hat und der Auftraggeber davon ausgehen konnte.

Aufgaben

**Realisierung
Fallbeispiel
„Telefonischer
Kaufvertrag, worauf
ist zu achten?“**

Lösungen**Lösungsanhang****1 Rechtsgrundlagen des Bürgerlichen Rechts****Aufgabe 1**

Das allgemeine Privatrecht gilt für alle Bereiche des bürgerlichen Privatrechts. Das besondere Privatrecht nur für besondere Rechtsgebiete, wie das Handelsrecht, Wirtschaftsrecht, Immaterialgüterrecht und Arbeitsrecht.

Aufgabe 2

Die wichtigsten Grundsätze, die im Bürgerlichen Gesetzbuch Niederschlag gefunden haben, sind der Grundsatz der Privatautonomie, der Grundgedanke des sozialen Ausgleichs und der Vertrauensschutz. Zudem hat das Grundgesetz Ausstrahlungswirkung auf vereinzelte Normen des BGB, zumeist Generalklauseln.

2 Rechtsgeschäfte**Aufgabe 1**

Die Erklärung der A, ihre Ehe scheiden lassen zu wollen, ist zunächst ein einseitiges Rechtsgeschäft. Für den Fall, dass beide Ehepartner die Scheidung einreichen und einen Vertrag über die Gütertrennung abschließen, könnte von einem mehrseitigen Rechtsgeschäft ausgegangen werden.

Aufgabe 2

Erforderlich für das Zustandekommen eines Vertrages ist das Vorliegen von zwei entgegengesetzten, aber sich deckenden Willenserklärungen: Angebot und Annahme.

Aufgabe 3

Vorliegend handelt es sich um einen Erklärungsirrtum, da K eine Erklärung dieses Inhalts nicht abgeben wollte.

Aufgabe 4

B ist im Auftrag des K rechtsgeschäftlich tätig. Er handelt in fremdem Namen. Von der Erteilung einer Vollmacht ist auszugehen. B ist demnach Vertreter des K und hinsichtlich des Kaufes der Computer auf der Cebit autorisiert.

3 Rechtssubjekte und Rechtsobjekte

Aufgabe 1

Subjektive Rechte als Rechtsmacht des Einzelnen können Beherrschungsrechte, Ansprüche oder Gestaltungsrechte sein.

Aufgabe 2

Unter juristischen Personen des Privatrechts versteht man einen Zusammenschluss von Personen und Vermögensmassen, die mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattet sind.

Aufgabe 3

Die Rechtsfähigkeit einer natürlichen Person - Mensch - beginnt mit der Vollendung der Geburt und endet mit dem Tod.

4 Schuldverhältnisse

Aufgabe 1

Vertragliche Schuldverhältnisse setzen zwei einander übereinstimmende Willenserklärungen voraus. Gegenseitige Schuldverhältnisse sind gekennzeichnet durch Verpflichtung beider Parteien zur Leistung.

Aufgabe 2

Vorliegend war die Leistung schon zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses nicht mehr möglich, da X die Gegenstände gestohlen hat. Dies wusste K zwar nicht, jedoch wird hier von einer anfänglichen Unmöglichkeit auszugehen sein, da die Übereignung der Computergegenstände schon vor Vertragsschluss unmöglich war.

Aufgabe 3

Die Pflicht des Dienstverpflichteten ergibt sich grundsätzlich aus den vertraglichen Vereinbarungen. Bei abhängigen Dienstverträgen kann sich ein Weisungsrecht für den Dienstberechtigten (Arbeitgeber) ergeben. Die Dienstleistung ist durch den Dienstverpflichteten selbst (höchstpersönlich) zu erbringen. Den Dienstverpflichteten treffen etliche zusätzliche Handlungs- und Unterlassungspflichten (Bsp. Hinweispflicht bei drohenden Schäden).

Die Dienstberechtigte ist zur Vergütung und zur Einhaltung der Schutzpflichten gegenüber dem Dienstverpflichteten verpflichtet.

5 Zivilprozess

Aufgabe 1

Die sachliche Zuständigkeit regelt zunächst, vor welches Gericht erster Instanz die Sache kommt. Maßgeblich ist hierfür die Höhe des Streitgegenstandes. Ausnahmen ergeben sich jedoch auch unabhängig von dem Streitwert für bestimmte Streitigkeiten. Diese sind gesetzlich geregelt in der ZPO.

Die örtliche Zuständigkeit befasst sich mit der Zuweisung einer Sache an das Gericht innerhalb des Gerichtsbezirkes und richtet sich in erster Linie nach dem Wohnsitz des Beklagten oder unter besonderen Umständen nach dessen Aufenthalt.

Aufgabe 2

Das Gericht hat Termin zur mündlichen Verhandlung, zur Beweisaufnahme und zur Urteilsverkündung zu bestimmen. Weiterhin hat das Gericht Fristen zu setzen, Wiedereinsetzungen in den vorigen Stand zu gewähren, die mündliche Verhandlung vorzubereiten und durchzuführen als auch Entscheidungen über eine Aussetzung des Verfahrens, dessen Ruhen oder Unterbrechung zu treffen.

Aufgabe 3

Die Vollstreckung kann ausgesetzt werden, wenn der Schuldner bereit ist, Ratenzahlungen zu leisten oder die Generalklausel bei unzumutbarer Härte anwendbar ist. Weiterhin stehen dem Schuldner das Recht der Vollstreckungsabwehrklage und dem betroffenen Dritten die Drittwiderspruchklage zur Abwehr der Vollstreckung zur Verfügung.

Fallbeispiel „Telefonischer Kaufvertrag, worauf ist zu achten?“

Der Anspruch des A auf Lieferung von weiteren 10 Monitoren ergibt sich, wenn zwischen A und B ein wirksamer Kaufvertrag über 30 Monitore zu Stande gekommen ist. Dies setzt jedoch eine Einigung zwischen beiden Parteien voraus. Hier könnte sich zunächst der Vertreter V der Firma A mit dem Geschäftsführer G der Firma B geeinigt haben. Der V hat dem G erklärt, er wolle 30 Monitore kaufen. Problematisch ist hier jedoch die Bestellung per Telefonat, weil es darauf ankommt, ob G dies auch akustisch so wahrnehmen konnte.

V hat hier deutlich erklärt, dass er 30 Monitore kaufen wolle. Er konnte auch davon ausgehen, dass G dies so verstanden hat. Daher ist ein Kaufangebot des V bei G für 30 Monitore zugegangen. Da G dieses Angebot mit der Erklärung „es gehe alles in Ordnung“ angenommen hat, ist ein Vertrag über 30 Monitore zu Stande gekommen. B ist demnach verpflichtet, die restlichen 10 Monitore an den A zu liefern.

Von einer ordnungsgemäßen Handlungsbefugnis, insbesondere Vertretungsmacht von V und G kann ausgegangen werden.